

Beiträge zum  
Widerstand 1933–1945

**BERLIN**

**13**

---

Detlev Peukert

# Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

# I. Verdrängte Geschichte

## 1. Zum Stand der Forschung

Die bundesdeutsche Öffentlichkeit hat dem Arbeiterwiderstand gegen Hitler bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erst in den letzten Jahren erweiterte sich der traditionelle Themenkanon von Gedenkfeiern und Schulbuchartikeln über den Dreiklang von Graf Stauffenberg, Kardinal von Galen und die Geschwister Scholl, also von Militär, Kirche und bürgerlicher Jugend, hinaus<sup>1)</sup>. Die Bedeutung dieser Gruppen soll nicht bestritten werden, bedenkenswert bleibt aber, daß ihre Hervorhebung mit der Vernachlässigung anderer bedeutender Beiträge zum Widerstand, vor allem aus der Arbeiterschaft, einherging. Zur Erklärung dieser Erinnerungsschwäche reicht es nicht aus, daß ein spektakuläres Ereignis wie das Attentat des 20. Juli 1944 sich deutlicher einprägt als die graue Mühsal von Zellenarbeit und Aufklärung in Arbeiterorganisationen. Auch eine schlechte Quellenlage oder die Beschwerden der Erschließung regional verstreuter Dokumente können bestenfalls Schwächen in der Darstellung, nicht aber ihr beinahe vollständiges Fehlen erklären.

Man wird daher nicht die besondere Rolle ausblenden können, die gerade Zeitgeschichte in beiden deutschen Staaten spielt, wenn es gilt, die jeweils eigene Position geschichtlich zu begründen. Lange schien die bundesdeutsche Forschung den Anspruch der DDR, in der bruchlosen Kontinuität des „proletarischen Klassenkampfes“ unter Führung der KPD zu stehen, stillschweigend zu akzeptieren. Scheinbar folgerichtig neigte sie dazu, den kommunistischen und mit ihm den gesamten Arbeiterwiderstand sozialistischer Prägung aus dem geschichtlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland auszublenden. Hinzu kam, daß in der Ära Adenauer die dem kirchlichen, militärischen und konservativen Widerstand zuwiderlaufenden Erinnerungen an den antinazistischen Kampf des demokratischen Sozialismus in Untergrund und Exil vergessen und übergangen wurden – bis hin zu regelmäßig wiederkehrenden beleidigenden Attacken gegen prominente sozialdemokratische Emigranten.

Erst seit dem Ende der sechziger Jahre wandte sich eine jüngere Generation von Forschern in der Bundesrepublik mit Studien über einzelne Regio-

<sup>1)</sup> Vgl. Otto-Ernst Schüddekopf, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Seine Darstellung in Lehrplänen und Schulbüchern der Fächer Geschichte und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Berlin/München 1977; frühe Würdigungen des Arbeiterwiderstandes u. a. in: Annedore Leber (Hrsg.), Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstands von 1933 bis 1945 in Lebensbildern, Berlin 1962; dieselbe (Hrsg.), Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, Berlin 1966; Terror und Widerstand 1933–1945. Dokumente aus Deutschland und dem besetzten Europa. Bild- und Dokumentationskassette, hrsg. von Eberhard Aleff, Ilse Kemter, Friedrich Zipfel, Berlin 1966.

nen oder Gruppen dem Widerstand „von unten“ zu <sup>2)</sup>. Damit wurden erste Schritte gemacht, die Verdrängung des Arbeiterwiderstands in der Bundesrepublik ebenso wie dessen einseitig der kommunistischen Tradition verpflichtete Heroisierung in der DDR in Frage zu stellen.

Zunächst galt es vor allem, die Geschichte der Untergrund- und Exilorganisationen nach Umfang, Lebensdauer, Verhältnis von Führung und Mitgliedschaft sowie der ideellen Auseinandersetzungen zu untersuchen. Das ist inzwischen in einiger Breite geschehen, ohne daß sich diese Forschungsergebnisse bereits in der außerwissenschaftlichen Öffentlichkeit durchgesetzt hätten. Während sich also die Historiker schon dem nächsten Arbeitsfeld zuwenden und sich vornehmlich um die Erhellung des sozialgeschichtlichen Hintergrunds, des Alltags der Arbeiterbevölkerung im Dritten Reich bemühen <sup>3)</sup>, sind Schulbücher, populärwissenschaftliche Literatur oder Fernsehsendungen, die den Widerstand auch „von unten“ darstellen, immer noch die Ausnahme <sup>4)</sup>.

## 2. Gab es den Arbeiterwiderstand?

Es ist heute in der Forschung anerkannt, daß viele Arbeiter, vornehmlich Mitglieder der ehemaligen linken Parteien und der Gewerkschaften, Widerstand geleistet haben und daß sie schon allein von der Zahl her das Haupt-

<sup>2)</sup> Vgl. Reinhard Mann, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Ein Literaturbericht, in: NPL, 1977, S. 425–442; vgl. ferner Ger van Roon, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, München 1979.

<sup>3)</sup> Vgl. Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1933–1939, Opladen 1975; Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München/Wien 1977; eine nützliche Zusammenstellung von Quellen zum NS-Alltag in: Harald Focke u. Uwe Reimer (Hrsg.), Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten. Ein aufklärendes Lesebuch, Reinbek 1979; demgegenüber bescheidet sich George L. Mosse, Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler, Königstein/Ts. 1978, mit einer unkritischen Aneinanderreihung von hauptsächlich NS-offiziösen Äußerungen.

<sup>4)</sup> „Es gab nicht nur den 20. Juli . . .“ Dokumente aus einer Sendereihe im Westdeutschen Fernsehen, hrsg. von der Pressestelle des Westdeutschen Rundfunks, Köln 1979; ein neueres Beispiel heimatgeschichtlicher Publikation von Erinnerungen und Dokumenten auch über den Arbeiterwiderstand gibt Ernst Schmidt, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 bis 1945. Erlebnisse – Berichte – Forschungen – Gespräche, Frankfurt 1979.

kontingent der politisch Verfolgten darstellten<sup>5)</sup>. Läßt sich aber generalisierend von „Arbeiterwiderstand“ sprechen, wo dieser Begriff doch eine gewisse Übereinstimmung von politischer Untergrundarbeit, individueller Proteste wie kollektiver Verweigerung einer ganzen sozialen Klasse unterstellt? In einem methodisch strengen Sinn sollte man nur dann von Widerstand sprechen, wenn die Motive und Handlungen der betreffenden Personen auf den Sturz des NS-Regimes insgesamt hienzielten<sup>6)</sup>. Hierzu zählen sicherlich die organisierte Untergrundarbeit, die Flugblattverteilung, Zellenbildung oder Sabotage.

Wie verhält es sich aber mit Akten individueller Hilfeleistungen oder mit Protesten gegen Einzelmaßnahmen des Regimes? Wie wertet man verbotene Handlungen wie das Abhören ausländischer Sender, das Erzählen regimekritischer Witze oder die Aufrechterhaltung eines Gesprächszusammenhangs unter Gleichgesinnten? Das Regime bestrafte solche Nonkonformität und trieb mit seinem Anspruch zur totalen Durchdringung der Gesellschaft und zur Formierung der „Volksgenossen“ in den NS-Organisationen auch die vielleicht unpolitisch gemeinte individuelle Abweichung von der nationalsozialistischen Norm objektiv in den Gegensatz zum Regime als ganzem<sup>7)</sup>.

Unserer methodischen Unterscheidung zwischen bewußtem politischem Handeln (Widerstand im engeren Sinne) und unangepaßtem Alltagsverhal-

<sup>5)</sup> Nach den Akten des Wiedergutmachungsamts der Stadt Dortmund lassen sich allein in dieser Stadt insgesamt 1925 aus politischer Gegnerschaft Verfolgte namhaft machen. Davon waren 511 Sozialisten, 1260 Kommunisten (nach Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945*, Hannover 1969, S. 244). In Oberhausen lassen sich insgesamt 382 politisch Verfolgte benennen. Davon waren 20 v. H. Bergarbeiter und 16 v. H. Metallarbeiter. Nur knappe 10 v. H. der politisch Verfolgten stammten nicht aus der Arbeiterschaft (nach Michael Zimmermann, *Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Oberhausen, Staatsexamensarbeit Bochum 1977*, S. 288). Diese Zahlen aus Industriestädten würden natürlich in einem reichsweiten Vergleich etwas relativiert. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß Arbeiter weit überdurchschnittlich am Widerstand beteiligt waren.

<sup>6)</sup> Peter Hüttenberger, *Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“*, in: *Theorien in der Praxis des Historikers*, hrsg. von Jürgen Kocka, Sonderheft 3 von „Geschichte und Gesellschaft“, Göttingen 1977, S. 117–139.

<sup>7)</sup> Auch eine Faschismustheorie, die von der „Polykratie“ der nationalsozialistischen Herrschaftsorganisation ausgeht (die also annimmt, daß nicht einfach der „Führer“, sondern vielmehr verschiedene Machtblöcke wie Partei/SS, Wehrmacht und Wirtschaft das Dritte Reich beherrscht haben), wird die Tendenz zur totalen Formierung der Beherrschten feststellen. Vgl. Peter Hüttenberger, *Nationalsozialistische Polykratie*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2. Jg. 1976, Heft 4, S. 417–442.

ten (Verweigerung, Protest) liegt letztlich die Trennung von Staat und Gesellschaft zugrunde, die sich mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert herausbildete. Der Faschismus zeichnete sich aber gerade dadurch aus, daß er diese Trennung zurücknahm, den Alltag zwangsweise politisierte und auf der anderen Seite auch die Selbständigkeit des traditionellen Beamtenstaats zerbrach<sup>8)</sup>. Insofern rückte der nationalsozialistische Totalitätsanspruch einen Großteil des alltäglichen Konflikthandelns in den Bereich des Antinazismus. Lohn- und Arbeitskonflikte erhielten beispielsweise in einer Rüstungswirtschaft – ob gewollt, oder nicht – eine Stoßrichtung gegen den Krieg. Wie weit sich diese Konfrontation aber auch im Denken und Verhalten der Betroffenen ausdrückte und somit auch als bewußter Widerstand begriffen werden kann, ist nur schwer verallgemeinernd zu bestimmen. Außerdem läßt sich zwar der Aktionsbereich einer politischen Gruppe klar umgrenzen, nicht jedoch das Handlungsfeld einer gesellschaftlichen Schicht wie der Arbeiterschaft, die sich nach Qualifikation, nach Branchen (Aufschwung in der Rüstungsindustrie, Stagnation in der Export- und Konsumgüterindustrie und Landwirtschaft), Geschlecht (Anwachsen der Frauenarbeit im Krieg), Nationalität (bis zu einem Drittel ausländischer Arbeiter im Krieg) unterschied. Mit der Einschränkung, daß ihre innere Zusammensetzung und ihre äußeren Abgrenzungen nicht bestimmbar sind, können jedoch einige verallgemeinernde Angaben zum Verhalten der Arbeiterschaft zunächst zur nationalsozialistischen Bewegung, dann dem NS-Staat gegenüber gemacht werden.

Die Mitglieder und Anhänger der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bestimmten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus vor und nach 1933 aus ihren Einschätzungen des Gegners, die sich schon in der Weimarer Republik herausgebildet hatten, aus den gesellschaftspolitischen Grundkonzepten, von denen ihre Strategien ausgingen, und aus den traditionellen Handlungsmustern, die sich in ihren Organisationen ausgeprägt hatten. Nach der Festigung der nationalsozialistischen Diktatur entwickelten sie außerdem – in mannigfacher Verschränkung – drei unterschiedliche Konzepte von Widerstand: als Bewahrung der Tradition, der Gesinnung und des Zusammenhalts (informelle Gesprächskreise, getarnte Vereine), als Entwerfen von Plänen für eine nachfaschistische Demokratie und als unmittelbare Aktion, die das NS-Regime beeinträchtigen (Streik, Sabotage) oder seinen Sturz vorbereiten wollte (Untergrundorganisation).

Wesentlich schwerer fällt es aber, die Haltung derjenigen Arbeiter zu beschreiben, die nicht in der Tradition der sozialistisch-kommunistischen

<sup>8)</sup> Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Köln/Frankfurt 1977.

oder gewerkschaftlichen Bewegung standen. Auch sie kommen in zahlreichen Verfahren der NS-Polizei und Justiz wegen „Heimtücke“ und „Volksopposition“ vor, auch sie äußerten Unzufriedenheit und Protest. Es wäre verfehlt, solche unorganisierte Verweigerung zu übersehen, denn ihr Ausmaß erlaubt Rückschlüsse darauf, inwieweit sich größere Bevölkerungsteile der Nazifizierung des Alltagslebens entziehen konnten. Andererseits darf das NS-Klischee von der „Volksgemeinschaft“ nicht einfach durch die Behauptung, die Mehrheit der Einwohner habe zur „Volksopposition“ gehört, ausgetauscht werden, nur weil Unzufriedenheit und Unangepaßtheit weit verbreitet waren <sup>9)</sup>.

In der Folge soll daher der Begriff „Arbeiterwiderstand“ nur umgangssprachlich als erster Hinweis auf das Problemfeld verwandt werden, während wir die Bezeichnung „Widerstand“ im engeren Sinne dem bewußten Handeln, das den Sturz des Regimes wollte, vorbehalten. Gleichzeitig soll aber das weite, schillernde Feld der Verweigerung und Nonkonformität beachtet werden, das den alltäglichen Hintergrund auch des politischen Widerstands abgab und in dem sich für jedermann täglich die Entscheidungsfrage stellte, ob er sich der nationalsozialistischen Herausforderung unterwerfen oder aber seine eigene Identität auch auf die Gefahr hin, verfolgt zu werden, behaupten sollte.

## **II. Arbeiterparteien in der Illegalität**

### **1. Abwehrversuche und Versagen 1933**

Es hat lange kritische und selbstkritische Erörterungen über die Schwächen und Fehler der Arbeiterparteien gegeben, die mit ihrer Politik dem Nationalsozialismus zweifellos die Machtergreifung erleichtert haben. Vor aller Kritik muß jedoch zunächst die Feststellung stehen, daß keine politische Gruppierung den Nationalsozialismus so grundsätzlich abgelehnt hat, wie die Arbeiterbewegung. Sie wußte sich darin in einer langen demokratischen und sozialistischen Tradition, die von ihrer Gegnerschaft gegen den wilhelminischen Obrigkeitsstaat über ihren außenpolitischen Pazifismus bis zu ihrem Eintreten für die soziale Emanzipation der abhängig Beschäftigten reichte. Nie hat sie einen Zweifel daran gelassen, daß sie den Nationalsozialismus bekämpfen würde, weil er sich antimarxistisch, antiliberal und diktatorisch gebärdet, weil er auf militärische Revanche sinnt, sowie auf die politisch-gewerkschaftliche Entmündigung der Arbeitenden zu-

<sup>9)</sup> Besonders Wolfgang Domarus, Nationalsozialismus, Krieg und Bevölkerung. Untersuchungen zur Lage, Volksstimmung und Struktur während des Dritten Reiches, München 1977; entwirft ein Gemälde allgegenwärtiger „Volksopposition“, auch die bereits erwähnte Publikation des Instituts für Zeitgeschichte (Broszat, a. a. O.) entgeht der Gefahr der Überschätzung volksoppositioneller Regungen nicht immer.

gunsten des Bündnisses Hitlers mit der alten sozialen Oberschicht ausgerichtet war.

Die Unbeweglichkeit von SPD und KPD gegenüber dem Anwachsen des Nationalsozialismus und dessen endlichem Zugriff auf die Macht resultierte freilich daraus, daß beide Parteien in der Bestimmung des politischen Hauptgegners, in ihren strategischen Vorstellungen und ihren praktischen Handlungsmustern sich nicht von den Erfahrungen der ersten Jahre der Weimarer Republik lösen konnten. Die KPD verdeckte in Fortführung der Alternative „Räte-Deutschland oder bürgerlich-parlamentarische Demokratie“ die besonders bedrohliche diktatorische Qualität des Nationalsozialismus unter einer allgemeinen Etikettierung des ganzen parlamentarischen Systems und aller – nichtkommunistischen – Parteien als „faschistisch“ und „sozialfaschistisch“<sup>10)</sup>. Die SPD glaubte – wie schon im Krisenjahr 1923 – durch Zugeständnisse an die bürgerliche Rechte die nationalsozialistischen Republikfeinde isolieren zu können, bis mit dem Ausklingen der wirtschaftlichen Krise Normalität und Stabilität wiederhergestellt sein würden<sup>11)</sup>. Für beide überwog die traditionelle Konkurrenz innerhalb des Arbeiterblocks gegenüber der gemeinsamen Bedrohung durch den Faschismus so sehr, daß selbst zeitweilige taktische Allianzen mit der NSDAP möglich waren<sup>12)</sup>, nicht aber mit dem sozialistischen Konkurrenten gegen die NSDAP.

Die Unfähigkeit, vor oder zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung einen massiven Widerstand der Arbeiterschaft zu organisieren, wie er

<sup>10)</sup> Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt/New York 1976; Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934, Berlin 1970.

<sup>11)</sup> Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Königstein/Ts./Düsseldorf 1979, S. 101–278; Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974.

<sup>12)</sup> Die KPD nahm 1931 am Volksbegehren gegen die sozialdemokratische Regierung Preußens teil, das die NSDAP und die DNVP eingeleitet hatten. 1932 akzeptierte sie die Mitarbeit der NSDAP am Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der gegen das Votum der Gewerkschaftsführung zustande kam. In beiden Fällen läßt sich zwar von parallelen Aktionen, nicht aber von einem echten Bündnis sprechen. Auch die zeitweilige Anpassung der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor dem 1. Mai 1933 an den nationalsozialistischen Kurs und die zweideutige Taktik der SPD-Reichstagsfraktion im Frühjahr 1933 resultierten aus einer Fehleinschätzung der Lage, nicht aber aus einer Annäherung an den Nationalsozialismus.

beim Kapp-Putsch 1920 noch erfolgreich gewesen war, resultierte nicht nur aus der – jeweils verschieden begründeten – Unterschätzung des Nationalsozialismus durch KPD und SPD, während die realistischeren Warnungen der kleinen linken Gruppen (SAP, KPO, ISK) ungehört verhallten. Hinzu kam eine über die politischen Kontroversen hinausreichende Spaltung des Arbeiterlagers, seit die Kommunisten konkurrierende Gewerkschafts-, Sport-, Kultur- und Jugendorganisationen aufgebaut hatten und gleichzeitig aus den sozialdemokratisch geführten älteren Verbänden ausgeschlossen wurden. Nicht zuletzt wirkte sich die soziale Spaltung in erwerbslose und erwerbstätige Arbeiter aus, die schwerlich gemeinsam mobilisierbar waren<sup>13)</sup>. Schon vor 1933 war also die Zersplitterung der politischen Kultur der Weimarer Republik und die Zerklüftung der Arbeiterschaft weit über die Rivalität von Partei- und Gewerkschaftsrichtungen hinaus fortgeschritten.

In beiden Parteien fehlte es nicht an Rufen zur Einheit und zur gemeinsamen Mobilisierung aller Kräfte gegen den Nationalsozialismus. Sie besaßen jedoch gegenüber der Eigendynamik der jahrelangen Parteienkonkurrenz und gegenüber der Unvereinbarkeit der strategischen Orientierungen der jeweiligen Parteiführungen keine Durchsetzungschance. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob eine einheitlichere Arbeiterbewegung dem nationalsozialistischen Ansturm hätte standhalten können. Selbst eine letztlich erfolglose geschlossene Abwehraktion der Arbeiter hätte zumindest ihre Anhänger vor jenem weit verbreiteten Gefühl der Depression, Hilflosigkeit und Wehrlosigkeit bewahrt, das sich nach der kampflosen Niederlage 1933 und der demütigenden Erfahrung des SA-Terrors in den Arbeitersiedlungen ausbreitete.

## **2. Organisierte Untergrundarbeit**

Die Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterparteien vermochten sich zwar 1933 nicht zu einer großen demonstrativen Gegenaktion aufzuraffen, aber viele von ihnen nahmen Verbot und Verfolgung nicht passiv hin, sondern beteiligten sich an Widerstandsaktionen.

### **SPD**

Der Parteiapparat der SPD zerfiel zwischen den Reichstagswahlen im März

<sup>13)</sup> Eva-Cornelia Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–1928*, Frankfurt/New York 1977; Oskar Negt/Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung. Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt 1976.

1933 und dem endgültigen Verbot im Juni 1933<sup>14)</sup>. Nach dieser Phase der Unentschiedenheit mit Ansätzen zur Untergrundarbeit und Illusionen über legale Wirkungsmöglichkeiten formierten sich drei neue Initiativen zum Widerstand. Als erste fanden sich vornehmlich linke oppositionelle Sozialdemokraten zusammen, die sich in ihrer Kritik an der Vorstandspolitik bestätigt sahen und eine Erneuerung des Sozialismus anstrebten. Sie gründeten bedeutende regionale Gruppen wie die Sozialistische Front im Raum Hannover oder den Roten Stoßtrupp in Berlin. Parallel dazu hielten an vielen Orten kleine und mittlere Partei-, Reichsbanner- und Gewerkschaftsfunktionäre Kontakt und bewahrten so einen lockeren organisatorischen Zusammenhalt. Seit dem Sommer 1933 versuchte dann auch der nach Prag emigrierte (SOPADE-)Partei Vorstand über die Grenzsekretariate in Brüssel, Antwerpen, Karlsbad und anderen Orten Kontakte ins Inland zu knüpfen. Über solche Wege gelangten detaillierte Stimmungsberichte ins Ausland<sup>15)</sup> und sozialdemokratische Schriften wie der „NEUE VORWÄRTS“ (sowie seine verkleinerte illegale Ausgabe „Sozialistische Aktion“) nach Deutschland.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, verzichtete die Sozialdemokratie auf den Aufbau formeller illegaler Massenorganisationen mit Zellen, Leitungen und Kassierung, die unweigerlich die Gestapo auf die Spur der Widerstandskämpfer geführt hätten. Statt dessen verließen sie sich auf die engen traditionellen Bindungen unter ihren Anhängern, die sich in nachbarschaftlichen Diskussionskreisen, Rundfunkzirkeln, Sportvereinen oder Konsumgenossenschaften weiter trafen. Dem lag eine nüchtern-unromantische Einschätzung der Widerstandsmöglichkeiten im Dritten Reich zugrunde, aber auch ein großes Vertrauen in die Parteimitglieder, die ohne organisatorische Impulse der alten Gesinnung die Treue hielten. Während sich die vielfältigen informellen Kontakte bis 1945 hielten, zerschlug die Gestapo die meisten fester gefügten Gruppen und die an das Verteilernetz der „Sozialistischen Aktion“ angeschlossenen Lesezirkel bis 1935/36. Es gelang allerdings Julius Leber und seinen Freunden im Laufe des Krieges, von Berlin aus ein für die Gestapo kaum faßbares System lockerer Verbindungen zu örtlichen Vertrauensleuten im Reich aufzubauen, das sich bei einer Veränderung der Machtverhältnisse durch einen Militärputsch leicht

<sup>14)</sup> Frank Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973; Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Frankfurt/Hannover 1960; Bärbel Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1933 bis 1935, Frankfurt 1977.

<sup>15)</sup> Aus diesen Informationen an die sozialdemokratischen Grenzstützpunkte entstanden die sogenannten „grünen Berichte“, die der SOPADE-Vorstand im Ausland veröffentlichte und die eine der besten und präzisesten Informationsquellen über die Stimmung im Dritten Reich darstellen.

hätte aktivieren lassen. Folgerichtig traten sie daher als Repräsentanten der Arbeiterschaft an den Kreisauer Kreis, die Goerdeler-Gruppe und an Stauffenberg heran.

### **Kleine sozialistische Gruppen**

Schon vor 1933 hatten sich kleinere Gruppen wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) und die Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition (KPO) von der SPD und KPD abgespalten und deren Unbeweglichkeit kritisiert <sup>16)</sup>. Mit ihrem engeren Zusammenhalt, ihrer geringeren Mitgliederzahl und dem hohen Grad an politischer Motivation konnten sie zunächst relativ geschlossen illegal weiterarbeiten. Gerade die Niederlage 1933 schien ihre These zu bestätigen, daß eine sozialistische Erneuerung der Arbeiterbewegung vordringlich sei. Diese Parole griffen auch Gruppen auf, die sich erst nach der nationalsozialistischen Machtergreifung herausbildeten, wie der schon erwähnte Rote Stoßtrupp, die sogenannte Deutsche Volksfront in Berlin oder das Hannoveraner Komitee für proletarische Einheit <sup>17)</sup>. Zwei neu gebildete Gruppen hingegen versuchten, den sozialistischen Neubeginn gleichzeitig illegal im Reich und im Exil anzugehen: die Revolutionären Sozialisten Deutschlands unter Führung der bis 1935 noch im SOPADE-Vorstand vertretenen Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel und die Gruppe „Neubeginnen“ (genannt nach dem Titel einer im Sommer 1933 erschienenen Flugschrift <sup>18)</sup>. Alle diese linkssozialistischen Gruppen konnten zunächst einigen Einfluß erringen; aber ihr Kreis verengte sich mit der Konsolidierung der NS-Diktatur, als die Hoffnungen auf einen schnellen Umsturz schwanden. Ihre meisten Gruppen fielen bis 1938 der Gestapo zum Opfer.

<sup>16)</sup> Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965; Jörg Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945, Frankfurt/New York 1978; Werner Link, Die Geschichte des IJB und des ISK, Meisenheim 1964; Karlheinz Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO), Meisenheim 1964.

<sup>17)</sup> Rüdiger Griepenburg, Die Volksfronttaktik im sozialdemokratischen Widerstand gegen das Dritte Reich, Marburg 1969; Hans-Peter Riesche u. a. (Hrsg.), „Was soll man tun?“. Ein frühes Dokument aus dem kommunistisch orientierten proletarischen Widerstand. Hrsg. vom „Komitee für proletarische Einheit“ (1933), in: Arbeiterbewegung, Theorie und Geschichte, Jahrbuch 6, Frankfurt 1979, S. 185–226.

<sup>18)</sup> Jutta von Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934 bis 1937, Köln 1973; Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neubeginnen“, Marburg 1957.

## Gewerkschaften

Weil Gewerkschaften breite Zusammenschlüsse zur Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter sind, konnte es unter den Bedingungen des Gestapo-Terrors keine illegale Gewerkschaftsbewegung als Massenorganisation geben <sup>19)</sup>. Es war nur möglich, ein Netz von Vertrauensleuten aus ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären aufrechtzuerhalten. Diese Funktionäre informierten sich gegenseitig und bewahrten sich so ein Gerüst für einen zukünftigen Wiederaufbau. Dies geschah sowohl von seiten der Einzelgewerkschaften, wie etwa der Eisenbahner <sup>20)</sup> und Hafnarbeiter, die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation unter dem engagierten Antifaschisten Edo Fimmen angeschlossen waren, oder der Bergarbeiter, die seit 1935 einen Arbeitsausschuß gebildet hatten <sup>21)</sup>, aber auch durch die in Berlin ansässige illegale Reichsleitung der Gewerkschaften (unter Wilhelm Leuschner) und durch die Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschaften (ADG) unter Hermann Schlimme <sup>22)</sup>.

Der unmittelbaren gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb waren die Arbeiter beraubt. Da aber die sozialen Konflikte auch weiter existierten, als man darüber nicht mehr reden durfte, brachen sich andere, spontane und unorganisierte Formen der Interessenvertretung Bahn (langsam arbeiten, Arbeitsplatzwechsel, individuelle Versuche zur Lohnerhöhung) und führten durch ihr massenhaftes Vorkommen zu machem Zugeständnis durch die Unternehmer und das NS-Regime. Selbst solche NS-Organisationen wie die Deutsche Arbeitsfront (DAF) konnten nicht umhin, einige Arbeiterforderungen aufzugreifen.

## KPD

Die KPD, die zwar mit einem Parteiverbot, aber nicht mit Verfolgungen in dem dann erfahrenen Ausmaß gerechnet hatte, konnte ihre Organisationsstruktur relativ bruchlos, wenn auch mit großen Verlusten an Funktionären

<sup>19)</sup> Kommunistische Initiativen, zu illegalen gewerkschaftlichen Massenorganisationen zu kommen, sind daher unter dem Zugriff der Gestapo schnell gescheitert.

<sup>20)</sup> Helmut Esters/Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967.

<sup>21)</sup> Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945, Frankfurt 1976, S. 210–230.

<sup>22)</sup> Ulrich Borsdorf, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 385 bis 414.

schon im März/April 1933 in die Illegalität überführen<sup>23)</sup>. Diese Organisation blieb trotz Unterbrechungen durch Verhaftungsserien bis etwa 1935 bestehen und umfaßte zeitweise bis zu 10 v. H. des Mitgliederbestandes von 1932. Insgesamt dürfte jeder zweite der 300 000 Kommunisten für einige Zeit mehr oder minder intensiv an illegalen Aktivitäten beteiligt gewesen sein. Zumindest für diese Anfangsjahre kann die KPD als typisch für jene Art von Widerstand gelten, in der sich eine Gruppe mit fester politischer Tradition gegen ihre Auflösung wehrt und im wesentlichen auf den bisherigen Denk- und Verhaltensmustern beharrt. Der Organisationswille, die außerordentliche Energie- und Risikobereitschaft der Kommunisten erklärte sich aus einem ganzen Bündel von Ursachen. Die ultralinke politische Kehrtwende der KPD-Führung seit 1928 fand ihre Entsprechung in der Radikalisierung der Mitglieder und ihren durch Erwerbslosigkeit bedingten sozialen Abstieg. Die Erfahrung der Verfolgung verursachte eine weitere psychische Verhärtung, wie dies ein Aufruf der KPD-Bezirksleitung Niederrhein von Juni 1933 ausdrückte: „Je härter der Kampf, je zäher werden wir und hoffnungsfroh sagen wir: Je eher kommt unser Sieg und um so schöner wird er sein!“<sup>24)</sup>. Die KPD bewahrte ihre hierarchische Gliederung von der Zelle bis zum ZK, das die Organisation über eine Auslandsleitung (in Prag bzw. in Paris) mit Stützpunkten an der Grenze und – bis zu ihrer Verhaftung im März 1935 – über eine Inlandsleitung in Berlin straff kontrollierte. Über den Parteiapparat, Parallelorganisationen wie die „Technik“ (für die Herstellung und Verbreitung von Widerstandsschriften), den „Abwehrapparat“ (mit Abteilungen zur Betriebsspionage sowie zur „Zersetzung“ von NSDAP, Reichswehr, Polizei – und der SPD), die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die Rote Hilfe, den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands und andere Gruppierungen produzierte die KPD eine Fülle von Flugschriften, deren jährliche Gesamtauflage (zumindest bis 1935/36) die Million überstieg. Eine illegale Druckerei in Solingen-Ohligs stellte 1934 300 000 Schriften her, darunter zeitweise alle zehn Tage etwa 10 000 bis 12 000 Exemplare des Zentralorgans „Rote Fahne“.

<sup>23)</sup> Horst Duhnke, Die KPD von 1933–1945, Köln 1971; Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Frankfurt 1974; Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1946. Wuppertal 1980, Ms. Phil. Diss., Bochum 1979.

<sup>24)</sup> Ebenda, S. 139.

Diese illegale Massenarbeit, die unzählige Opfer kostete, weil sie der Gestapo verhältnismäßig viele Eingriffsmöglichkeiten bot <sup>25)</sup>, lebte von der Hoffnung auf einen schnellen Umsturz. Sie konnte sich nach Verhaftungswellen ein-, zweimal reorganisieren, dann war das kommunistische Kräfte-reservoir jedoch erschöpft. Bis 1935 verfolgte die Revolutionshoffnung und die Wiedereingliederung der bisher zu 90 v. H. erwerbslosen Kommunisten ins Arbeitsleben verbot allein schon aus Zeitgründen einem Parteimitglied die Fortführung jener aufwendigen Untergrundtätigkeit. Gleichzeitig zerstörte die politische Wende der kommunistischen Internationale zu einer realistischeren Situationsanalyse 1934/35 auch noch die bisherige Motivation zum offensiven Widerstand. Im Gegensatz zu den Behauptungen der DDR-Historiker führte die Einleitung der Volksfrontlinie also nicht zu einem Aufschwung des Widerstands, sondern zum Zerbröckeln seiner bisherigen Basis. Die Mehrheit der Mitglieder wollte sich nicht länger „verheizen“ lassen, und viele aktive Kader saßen hinter Gefängnismauern.

Daher ließ sich seit 1936 nur noch ein lockeres Informationsnetz der KPD-Auslandsleitungen in den angrenzenden deutschen Gebieten aufrechterhalten, während die Masse der Mitglieder in informellen Freundeskreisen von Kollegen und Nachbarn ungefährdete Kontakte bewahrte und sich gegenseitig in der Gesinnung bestärkte.

Der von 1936 bis 1939 auf kleinerer Stufenleiter weitergeführte kommunistische Widerstand erlosch unter dem Eindruck des Hitler-Stalin-Paktes, der kriegsbedingten Zerstörung von illegalen Verbindungen und der Blitzkriegsbegeisterung eines Teils der deutschen Bevölkerung fast vollständig. Erst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurden die zwar eingefrorenen, aber nicht ganz aufgegebenen Kontakte erneuert. In Hamburg, Berlin, Mannheim, München, in Sachsen, Thüringen und im Rhein-Ruhr-Gebiet bildeten sich regionale kommunistische Organisationen und von Berlin aus wurde während des Krieges dreimal der Versuch unternommen, eine reichsweite Parteileitung zu konstituieren (1940/41 unter Arthur Emmerlich; 1941/42 unter Robert Uhrig, Alfred Kowalke und Wilhelm Knöchel; 1943/44 unter Anton Saefkow, Franz Jacob und Theodor Neubauer). Diese Reorganisationsansätze erreichten jedoch einen we-

<sup>25)</sup> In manchen Erinnerungen, aber auch in der zeitgeschichtlichen Literatur werden die Massenverhaftungen von Kommunisten oftmals auf das Spitzelwesen zurückgeführt. Dies ist meines Erachtens nur bedingt richtig: sicher gab es, ähnlich wie in manchen anderen Untergrundorganisationen, auch in der KPD Spitzel. Das besondere Ausmaß der Verhaftungen aber hatte zwei naheliegendere Ursachen: zum einen den außerordentlichen Umfang der kommunistischen Widerstandsaktivität in den ersten Jahren des Dritten Reiches, zum anderen den hierarchischen und verschachtelten Aufbau der Untergrundorganisation, der es der Gestapo erlaubte, gleich ganze Parteiorganisationen von oben nach unten oder umgekehrt 'aufzuzulen'.

sentlich kleineren Kreis als 1934/35; sie fielen Verhaftungsmaßnahmen zum Opfer, bevor sie sich weiter entfalten konnten.

### **Grenzen der Untergrundorganisation**

Für die Teilnahme am Widerstand gab es verschiedene Gründe, aber es lassen sich zwei Hauptmotive erkennen, aus denen sich jeweils andere Organisationsweisen ergaben: das Bemühen, die eigene Gesinnung und Tradition zu bewahren und der Wille, dem NS-Unrechtsregime aktiv entgegenzutreten. Besonders zu Beginn des Dritten Reichs wollten noch viele unter Anspannung aller Kräfte (und Inkaufnahme von Opfern) eine Bewegung zum schnellen Sturz Hitlers einleiten. Gleich, ob es sich um eine kommunistische Massenorganisation oder um kleine aktive Kadergruppen handelte, wie bei machen sozialistischen Richtungen, lag doch der Akzent auf formellen Organisationen und offensiver Aufklärungsarbeit durch Flug-schriften.

Diese Widerstandsformen, die dem traditionellen Politikverständnis der Arbeiterbewegung verhaftet blieben, traten mit der Festigung des NS-Regimes und den wachsenden Erfolgen der Gestapo immer mehr zugunsten vorsichtigerer Verhaltensweisen zurück. Damit begann die Bewahrung des Zusammenhalts und der Gesinnung in den Mittelpunkt zu treten. „Schweijksche“ Überlebensstrategien, Versuche, im Kleinen zu helfen und im Alltag den nationalsozialistischen Zugriff abzuwehren, vollzogen sich nicht in organisatorischen Grenzen, blieben nicht auf den Sonderraum der Untergrundarbeit beschränkt. Solche informelle Widerständigkeit mußte nicht unpolitisch sein, sondern konnte im Gegenteil den traditionell abge-zirkelten Raum politischer Tätigkeit (Organisations- und Propagandaarbeit) überwinden und das Alltagsverhalten neu prägen. Dies nationalistische Eindringen in das Alltagsleben erforderte also von den Widerstandskämpfern eine abwehrende Politisierung ihres eigenen Alltagsverhaltens. Es hat den Anschein, als ob es, ähnlich wie vor 1933, auch im Widerstand zunächst jene traditionelle geschlechterspezifische Arbeitsteilung gegeben hätte, die dem Mann die politischen, der Frau die häuslichen, sozialen, karitativen Aufgaben zudiktierte. Erinnernte Lebensgeschichten von Verfolgten scheinen aber darauf hinzuweisen, daß die Rolle der Frau im Widerstand wuchs, je mehr sich dieser auf die informellen, alltäglichen Bereiche konzentrierte.

Es ist allerdings – wie bereits erwähnt – methodisch außerordentlich schwierig, zwischen der bewußten Entfaltung informeller Widerstandskonzepte und dem resignativen Rückzug ins Private zu unterscheiden. Sicherlich stand für die meisten ehemaligen Mitglieder der Arbeiterparteien die Erfahrung, entscheidender politischer Artikulations- und Wirkungsmög-

lichkeiten enthoben zu sein, im Mittelpunkt. Dennoch wäre es unangemessen, den Rückgang formeller Widerstandsorganisationen nur als Resignation und nicht auch als die Erschließung neuer, den Bedingungen des Dritten Reichs angepaßter Formen des Protestes und der Verweigerung zu begreifen. Nur so läßt sich die Energie und die Hoffnung erklären, die überlebende Kämpfer der Arbeiterbewegung 1945 erfüllte, obwohl sie teilweise ein Jahrzehnt lang von politischer Betätigung im engeren Sinne durch Inhaftierung oder Überwachung ausgeschlossen worden waren.

Was sich unter dem Druck des NS-Terrors nicht voll entfalten konnte – der Erneuerungswille der Arbeiterbewegung und die Bereitschaft, über die traditionellen Parteigrenzen hinaus zusammenzuarbeiten –, zeigte sich in der lange beinahe vergessenen spontanen Bewegung der Antifaausschüsse in nahezu allen deutschen Regionen im Frühjahr 1945<sup>26)</sup>. In der kurzen Zeit bis zu ihrer Unterdrückung oder Kanalisierung durch Besatzungseingriffe in Ost und West entwarfen sie das Leitbild einer nationalen und demokratisch-sozialistischen Erneuerung aus dem Widerstand heraus. Wo ihre programmatischen Vorstellungen sich über die drängendsten Erfordernisse des Tages hinaus weiterentwickeln konnten, wurden Umrisse einer Republik deutlich, die durch demokratische Selbst- und Mitbestimmung und eine gesellschaftliche Umgestaltung im Sinne des Sozialismus charakterisiert waren. Die Geschichte der Antifas 1945 weist die Legende von der Stunde Null, in der das deutsche Volk nur aus passiven Besiegten bestanden hätte, zurück. Sie stellt das Bindeglied zwischen Widerstand und Exil auf der einen, Neuaufbau der deutschen Institutionen und Verfassungsberatungen auf der anderen Seite dar.

Die ideelle und moralische Bedeutung antinazistischer Bestrebungen in Gruppen der deutschen Arbeiterbewegung und in breiten Schichten der Arbeiterschaft hervorzuheben, ist historisch genau so notwendig, wie auf ihre letztliche geschichtliche Wirkungslosigkeit zu verweisen. Der Arbeiterwiderstand hat das NS-Regime zu keiner Zeit ernsthaft gefährdet, weder in seiner organisierten Form von 1933 bis etwa 1935 (und teilweise während des Krieges) noch in seinen spontanen Äußerungen in den alltäglichen Konflikten um Lohn, Arbeit und Brot.

Allerdings muß bedacht werden, daß das NS-Regime sich zwar bis zu seinem militärischen Ende im Mai 1945 halten konnte, dennoch aber in seiner Geschichte mehrere tiefgreifende Krisen durchlebte, die es ernstlicher bedrohten, als dies im Rückblick erscheint. Erinnerung sei an den sogenannten Röhms-Putsch 1934, die Sudetenkrise 1938 oder den 20. Juli 1944. In sol-

<sup>26)</sup> Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.

chen Situationen gab es Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umwälzung: Unzufriedenheit der Bevölkerung, Krise der politischen Führung und zumindest 1938 und 1944 ein militärisches Potential, das dem NS-Staat gewachsen sein mochte. Der 20. Juli 1944 war schon im Ansatz gescheitert, aber sowohl die organisatorischen Vorbereitungen der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kommunistischen Führer 1944 wie die spontanen Antifa-Initiativen 1945 weisen auf ein gewisses Aktionspotential der Arbeiterbewegung hin.

Wir wissen, daß ein Teil der militärischen Verschwörer den Demokratievorstellungen der Arbeiterbewegung fremd gegenüberstand. Aber selbst ein zwar erfolgreicher, doch zunächst bei den begrenzten Zielen der Militärs verharrender Umsturz hätte demnach aus dem Kreis der Arbeiterbewegung eine breite spontane Massenbewegung nach sich gezogen. In einer solchen Umbruchsituation ließen sich die Anstrengungen, die bisher auf die Bewahrung der geistigen Tradition und des persönlichen Zusammenhalts und auf Entwürfe für eine Nachkriegsordnung gerichtet waren, aktivieren und zur Erkämpfung eines größeren Aktionsraums für die Arbeiterbewegung nutzen. Nicht anders entwickelte sich übrigens die italienische Widerstandsbewegung nach dem Sturz Mussolinis durch den faschistischen Großen Rat im Sommer 1943. In diesem Sinn umriß der Arbeiterwiderstand auch ein Demokratiepotential, das auf die Stunde seiner Entfaltung in der Krise des NS-Regimes wartete.

Eine Gesamtwürdigung des Arbeiterwiderstands müßte also von der Bewahrung der demokratisch-sozialistischen Tradition über die alltäglichen Formen nicht angepaßten Verhaltens und hartnäckiger Verteidigung berechtigter sozialer Interessen bis hin zu den Ansätzen illegaler Organisation, antinazistischer Aufklärung durch Wort und Schrift und zur Vorbereitung eines demokratischen Neuanfangs gespannt werden. Sie dürfte weder vergessen machen, daß aktives Handeln unter den Bedingungen des NS-Terrors das Geschäft von Minderheiten bleiben mußte, noch das alle Formen breiteren und offensiveren nationalen Widerstands, auf die die Völker Westeuropas zu Recht stolz sind, zumindest in Keimformen auch in Deutschland vorhanden waren.

### **Widerstand im Exil**

1933 setzte ein breiter Strom politisch und rassistisch verfolgter Deutscher ins benachbarte Ausland ein. Oft wird zwischen Exil und Widerstand eine scharfe Trennungslinie gezogen. Aber die Exilorganisationen wirkten auf mannigfache Weise ins Reich zurück, sei es, daß die schon erwähnten politischen oder gewerkschaftlichen Auslandsleitungen dem innerdeutschen Widerstand Hilfestellen und Rückzugsmöglichkeiten boten, sei es, daß sie

Informationen und politische Stellungnahmen ausarbeiteten und verbreiteten. Die Exildeutschen arbeiteten unter schweren materiellen Bedingungen, oft vom Gastland kaum geduldet<sup>27)</sup>. Dennoch besaßen sie Möglichkeiten zur offeneren Diskussion, zur Publikation und zum Zusammentreffen unterschiedlicher Richtungen, die es ihnen erlaubten, weitaus vielfältigere Gesprächskontakte und eine theoretische Reichweite zu erlangen als die meisten den Zufällen der Verfolgung unterworfenen Diskussionsgruppen im Inland. Trotz unvermeidlicher Emigrantenstreitigkeiten bleibt die Fülle literarischer und politischer Entwürfe des Exils beeindruckend. Nicht zuletzt die Künstler und Schriftsteller übernahmen eine Stellvertreterfunktion für die in Deutschland zum Schweigen gebrachte demokratisch-humanistische Kultur. Das Klima dieser Diskussionen aber wurde entscheidend von den Impulsen der sozialistischen Arbeiterparteien und von den zeitweiligen Hoffnungen, die sich an die Volksfrontidee knüpften, bestimmt<sup>28)</sup>. Das pathetische Wort vom „anderen Deutschland“ hat also angesichts der Leistungen des Exils seine Berechtigung. Um so bitterer stimmt, daß die deutsche Nachkriegsgesellschaft nur so selten daran anknüpfte.

### **3. Politische Neubesinnung**

Die Erfahrung der Niederlage von 1933 hatte sowohl im Inland als auch unter den Exildeutschen die Bereitschaft geweckt, ihre eigene politische Vergangenheit selbstkritisch zu überdenken und zu einem neuen, kooperativen Verhältnis zu den anderen politischen und ideellen Gruppierungen zu kommen<sup>29)</sup>.

Solche Diskussionen begannen schon im Frühjahr 1933 in der Sozialdemokratie mit der kritischen Untersuchung des Scheiterns des Weimarer Verfassungskompromisses und der defensiven sozialdemokratischen Politik der Krisenjahre vor 1933. Damit wurde unter Führung der linkssozialistischen Gruppen die Grundlage für eine Neuorientierung der SPD gelegt. Drei Etappen lassen sich hier unterscheiden: erstens die Fehlerdebatte von 1933/34 (von der Flugschrift „Neubeginnen“ bis zum „Prager Manifest“ des SOPADE-Vorstands); zweitens die Konzentrationsdebatte von

<sup>27)</sup> Siehe u. a. Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940 bis 1945, Hannover 1968; Hans Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Band 1 u. 2, Darmstadt/Neuwied 1972.

<sup>28)</sup> Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland?, Bd. 1, Frankfurt 1977.

<sup>29)</sup> Detlev Peukert, Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1977, S. 1367–1886.

1937/38, in der die sozialistischen Gruppierungen einen vergeblichen Anlauf zur Vereinigung machten; drittens die Diskussionen der Kriegsjahre in der Berliner Illegalität, dem Exil in Schweden, den USA und bei der „Union Deutscher Sozialistischer Gruppen in Großbritannien“. Ihre Themen waren das Versagen der SPD 1918, die alten politischen und sozialen Eliten aus der Macht zu verdrängen, die Unfähigkeit, die politische Demokratie um die soziale Demokratie zu ergänzen und der Verzicht auf eine offensive Verteidigung der Republik gegen ihre Gegner. Das projektierte neue Deutschland sollte diese Fehler vermeiden.

Aus der Erfahrung der gemeinsamen Verfolgung und des zwar selten koordinierten, aber doch im Hauptziel gleichgerichteten Widerstands erwuchs auf diesem Boden ein Begriff demokratischer Gemeinsamkeit, der den Pluralismus der politischen Kräfte nicht als unvermeidliches Übel, das zu Koalitionen zwingt, abwertete, sondern als Einheit der antinazistischen Strömungen unter Anerkennung ihrer je verschiedenen Traditionen und Interessen ansah.

Auch die kommunistische Bewegung – und mit ihr die KPD – machte angesichts der faschistischen Diktatur einen Lernprozeß in Richtung auf eine größere Kooperationsbereitschaft durch. Er darf noch nicht deswegen als bloß taktisch abgewertet werden, weil er auch dem außenpolitischen Wünschen der UdSSR entsprach und dementsprechend in anderer historischer Konjunktur (1939; 1948) zurückgenommen werden konnte. Nicht nur die heute gegenüber Moskau eigenständige kommunistische Bewegung in einigen westeuropäischen Ländern, die sich auf die Traditionen des antifaschistischen Widerstands beruft, sondern auch die Praxis deutscher kommunistischer Antifaschisten in den dreißiger und vierziger Jahren, deren Einfluß durch die Massenverfolgungen 1937/38 und 1948/53 seitens der KPdSU zurückgedrängt wurde, lassen die strategische Wende der Kommunisten als ernst zu nehmenden ersten Schritt in einem (dann durch die KPD/SED gestoppten) Lernprozeß erscheinen: Die Parteikonferenzen der KPD von Brüssel 1935 und Bern 1939, auf denen sie sich zur Einheits- und Volksfront sowie zur demokratischen Republik bekannte, waren nicht nur eine taktische Schwenkung der Führung, sondern drückten eben auch die historischen Erfahrungen der auf den Konferenzen anwesenden kommunistischen Widerstandskämpfer aus dem Reich aus. Am Ende eines solchen längeren Lernprozesses hätte nach dem Entwurf vieler Widerstandskämpfer eine geeinte, nationale, unabhängige, demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung stehen sollen <sup>30)</sup>.

<sup>30)</sup> Hierzu liefern die unveröffentlichten Erinnerungen Herbert Wehners von 1946 eindringliche Schilderungen.

Daß diese historischen Ansätze durch den Kalten Krieg abgebrochen wurden, spricht nicht gegen ihre zeitweilige Wirksamkeit. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Begeisterung deutscher Kommunisten für das Sowjetmodell zunächst nicht durch die Erfahrung der Stalinschen Massenmorde erschüttert worden war. So boten die kommunistischen Bekenntnisse zur antifaschistischen Kooperation auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage bei aller berechtigten Vorsicht gegenüber der Widersprüchlichkeit und den Unsicherheiten solcher Angebote eine Chance zur Stärkung der Front gegen Hitler, die es zu nutzen galt. Sie wurde selbst von Teilen der Verschwörer des 20. Juli 1944 und von einem Teil der in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Generale, die dem Nationalkomitee 'Freies Deutschland' oder dem 'Bund Deutscher Offiziere' beitraten, aufgegriffen. Nicht anders als in Frankreich oder Italien umfaßte in den Jahren 1945 – 1947 auch in Deutschland der „Verfassungsbogen“ der antifaschistischen Parteien die Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen, Christdemokraten und einen Teil der Konservativen. Die Erfahrungen des Kalten Krieges, die Hatz auf Oppositionelle seitens der stalinisierten SED und die gerichtlichen Verfolgungen im Zuge des KPD-Verbots in der Bundesrepublik zerstörten diese Tradition. Das ändert aber nichts daran, daß sie einmal ihre Bedeutung hatte.

Sicherlich wäre es falsch, eine gerade Kontinuitätslinie zwischen den Verfassungsplänen des deutschen Widerstands und den Beratungen der Länderverfassungen und des Grundgesetzes nach 1945 zu ziehen. Die Situation im besetzten und geteilten Deutschland unterschied sich denn doch erheblich von den Zukunftsvorstellungen der Widerstandskämpfer und Emigranten. Aber es ist dennoch unverkennbar, daß in die westdeutschen Verfassungen wesentliche Traditionselemente der Arbeiterbewegung, zumal des Arbeiterwiderstandes, eingegangen sind.

### **III. Verweigerung und Protest im Arbeiteralltag**

#### **1. Dimensionen der Alltagskonflikte**

Während die ältere historische Literatur, insbesondere aber Schulbücher und Publizistik, immer wieder die scheinbare Übereinstimmung zwischen Wachstum der Arbeitslosigkeit und Wachstum der NSDAP-Wählerschaft hervorhoben, ist heute unbestritten, daß sich die Anhängerschaft der NSDAP vorwiegend aus den Mittelschichten und nur zu einem geringen Teil aus der Arbeiterschaft zusammensetzte <sup>31)</sup>. Der Block der für die KPD und SPD abgegebenen Arbeiterstimmen (sowie der Arbeiterwähler im Zen-

<sup>31)</sup> Zusammenfassung der Forschungsergebnisse u. a. bei Eike Hennig, Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht, Frankfurt 1977.

trum) blieb bis 1933 im wesentlichen stabil, wenn sich auch innerhalb dieses Blocks eine Gewichtsverschiebung zugunsten des radikalen Parts abspielte.

Die Arbeiterpolitik des Dritten Reichs versuchte, Entmündigung und Mobilisierung der Arbeiter miteinander zu koppeln. Sie wollte die sozialen Konflikte einer kapitalistischen Industriegesellschaft dadurch beseitigen, daß sie die historisch gewachsenen Interessenvertretungsformen wie Streiks, Tarifverhandlungen und Gewerkschaften verbot. Damit wurden zwar die Arbeiter ihrer Möglichkeiten zu kollektiver Gegenwehr beraubt, nicht aber die Konflikte aus der Welt geschafft. Sie brachen sich nunmehr in neuen individuellen und spontanen Formen Bahn, in Unzufriedenheit, Langsamarbeiten, Arbeitsplatzwechsel usw. Insofern die Nationalsozialisten über die politische Entwaffnung der Arbeiter hinaus auf ihre Gewinnung in faschistischen Massenorganisationen zielten, mußten diese manche Forderungen der Arbeiter in demagogischer Absicht aufnehmen.

Statt der Abschaffung des Klassenkampfes im Sinne einer vorbeugenden „Säuberung“ der Heimatfront schon vor Kriegsausbruch, überlagerten sich nunmehr Rivalitäten innerhalb des NS-Herrschaftsapparates mit elementarem sozialem Druck von unten. In diesem Dickicht von Konflikten setzten sich ökonomische Entwicklungen wie die Erhöhung der Löhne bei Verknappung des Arbeitskräfteangebots nunmehr quasi naturwüchsig durch. Angetrieben, eine diktatorische Ordnung in den industriellen Beziehungen zu schaffen, zerstörte der Nationalsozialismus vor allem die Instrumente zur rationalen (etwa tarifpolitischen) Konfliktaustragung. Insofern hatte sich der Faschismus auch auf sozialpolitischem Gebiet unlösbar in den eigenen Widersprüchen verfangen, bevor noch der Kriegsverlauf dem Regime ein Ende setzte. Für die Arbeiterschaft bedeutete dies, daß sie trotz der politischen Entrechtung und bürokratischen Reglementierung sogar im Rahmen des NS-Systems selbst versuchen mußte, ihre Interessen zu verteidigen und die widerstreitenden Machtgruppen und Zielsetzungen des Regimes in einem gewissen Maße gegeneinander auszuspielen.

Auch nach 1933 konnte das NS-Regime entgegen dem propagandistischen Augenschein in der industriellen Arbeiterschaft keine aktive Unterstützung erlangen. Die geheimen monatlichen Lageberichte der Gestapostellen malten besonders für die Krisenmonate des Sommers 1934 und des Herbstes 1935 ein düsteres Bild „vorrevolutionärer“ Zustände<sup>32)</sup>. Auch

<sup>32)</sup> Die Publikation dieser im Geheimen Preußischen Staatsarchiv Berlin-Dahlem liegenden Lageberichte der preußischen Provinzen ist inzwischen mit zwei Bänden über Pommern begonnen worden; vgl. Broszat, a. a. O., sowie Peukert, Die KPD im Widerstand, a. a. O., S. 274–294.

wenn man einige interessenbedingte Übertreibungen seitens der Gestapo in Rechnung stellt, dokumentieren sie doch eine tiefe Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem schleppenden Gang der Arbeitsbeschaffungsprogramme und den im Vergleich zu den auf niedrigstem Krisenniveau zunächst stagnierenden Löhnen besorgniserregend ansteigenden Preisen für alltägliche Konsumgüter. Die entsprechenden Berichte dokumentieren übrigens, daß nicht die spektakulären zivilen Arbeitsbeschaffungsprogramme Hitlers – wie Autobahnbau und Arbeitsdienst – die Arbeitslosigkeit und die Unzufriedenheit der Bevölkerung beseitigt haben, sondern sie belegen anschaulich, daß die Vollbeschäftigung erst in der zweiten Hälfte des Vierjahresplans, also im Gefolge hektischer Aufrüstung, eintrat.

Auch während des Aufschwungs der Rüstungsindustrie 1937 – 1939 und trotz des im Vergleich zum Ersten Weltkrieg hohen Lebensstandards während der Kriegsjahre blieben der Unmut über die beengte soziale Lage der Arbeiterschaft und die Kritik zumindest an jenen Aspekten des Regimes, die den Ablauf des gewohnten Alltags beeinträchtigten (Unterdrückung der Meinungsfreiheit, der Religionsausübung etc.), dauernde Berichtspunkte in den internen NS-Dokumenten <sup>33)</sup>.

Zweifellos signalisieren diese Stimmungsberichte, daß das Propagandabild totaler Volksgemeinschaft nicht der Realität entsprach. Kritisch zu hinterfragen bleibt jedoch, ob die Stimmung eigentlich nur gemessen an diesem selbstgesetzten Idealbild so miserabel war, oder ob sie tatsächlich elementares antinazistisches Potential widerspiegelte. Wir wollen die Anzeichen dafür, daß der Nationalsozialismus insgesamt von weiteren Bevölkerungskreisen abgelehnt oder zumindest nicht aktiv unterstützt wurde, nicht anzweifeln. Aber ein Großteil der registrierten Mißstimmungen entsprang „normalem“ Alltagsverhalten, das erst durch den totalitären Machtanspruch des Nationalsozialismus zum abweichenden Verhalten wurde. Die Stimmungsberichte indizieren zwar Konfliktpotential, nicht aber unbedingt politisch bewußten Widerstand.

Etwas anders verhält es sich mit den 1937 bis 1939 anwachsenden Konflikten um Löhne und Arbeitsbedingungen in der Rüstungsindustrie. Hier stärkte der spürbare Arbeitskräftemangel die Marktposition des einzelnen Arbeiters, der durch Arbeitsplatzwechsel (oder die Drohung damit) eine übertarifliche Entlohnung erlangen konnte. Dadurch erreichten die Real-löhne 1938/39 in rüstungswichtigen Branchen ein Niveau, das über dem bisherigen Höchststand von 1928 lag. Solange die Rüstungsbetriebe un-

<sup>33)</sup> Eine ausführliche Sammlung dieser Dokumente bei Mason, a. a. O.; Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939 bis 1944, Neuwied 1965.

tereinander um die knappen Arbeitskräfte konkurrierten, konnten staatliche Regulierungsmaßnahmen vom einzelnen Arbeiter relativ gefahrlos unterlaufen werden. Objektiv haben solche Arbeitsverweigerungen und Lohnforderungen der Aufrüstung geschadet. Eine – allerdings kleine – Minderheit weiterhin politisch aktiver Antifaschisten nutzte diese Kampfmittel für ihre Ziele. Wenn aber die nationalsozialistischen Behörden in vielen Fällen Verdächtigungen über „rote Drahtzieher“ als wohlfeile Erklärung heranzogen, um nicht die sozialen Widersprüche analysieren zu müssen, dann ist damit noch nichts über das tatsächliche Bewußtsein der meisten Beteiligten ausgesagt. Für diese handelte es sich oft einfach um den individuellen Versuch, sich auf dem Arbeitsmarkt so günstig wie möglich zu 'verkaufen'. Erfolge dürften wohl eher zu einer Aufwertung individualistischer („jeder ist sich selbst der nächste“) denn kollektiver („gewerkschaftliche Solidarität“) Verhaltensformen geführt haben. Die Erfahrung, daß sich individuelle Leistungen unter Ausnutzung der Rüstungskonjunktur bezahlt machten, während das Modell gewerkschaftlicher Interessenvertretung in der Weltwirtschaftskrise versagt hatte, trug langfristig eher zum Abbau von Klassenkampfdenken bei. Auf dieser schwer faßbaren sozialpsychologischen Ebene scheint mir Mason die älteren Auffassungen Schoenbaums und Dahrendorfs über die – ungewollte – „Modernisierung“ der industriellen Beziehungen im Dritten Reich nicht völlig widerlegt zu haben <sup>34)</sup>.

## **2. Ein neues Protestpotential: Jugendliche und Ausländer**

Wer vom Arbeiterwiderstand im Dritten Reich spricht, darf nicht übersehen, daß im Laufe des Krieges beinahe jeder dritte Arbeitsplatz von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen besetzt wurde. Verhaftungen ausländischer Arbeiter wegen „Bummelei“, Arbeitsverweigerung oder Sabotage nehmen 1943/44 den Hauptanteil in den Verhaftungsstatistiken des Reichssicherheitshauptamts ein <sup>35)</sup>. Da sich bei ihnen nationale, ideologische und soziale Konfliktmomente bündelten, bildeten die Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter nach dem Ausmaß ihrer illegalen Organisation, der Häufigkeit von Widerstandsakten und der Radikalität in der Zielsetzung die Hauptmasse der aktiven antinazistischen Kräfte in Deutschland während des Krieges. Erhalten gebliebene Programme illegaler Ausländergruppen wie der „Brüderlichen Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ (BSW) im süddeutschen Raum beinhalteten immer auch den

<sup>34)</sup> David Schoenbaum, Die braune Revolution, Köln/Berlin 1968.

<sup>35)</sup> Von 2090 Festnahmen der Gestapo für den Regierungsbezirk Köln im August 1943 entfielen auf die Bereiche: „Kommunismus/Marxismus“ 4, „Reaktion“ 90, „Widerstandsbewegungen“ 40, Kirchen 1, Juden 3, Wirtschaft 6, Umgang mit Ausländern 36, sonstige Straftaten 235, Arbeitsniederlegungen deutscher Arbeiter 53, Arbeitsniederlegungen ausländischer Arbeiter 1620; nach: Bundesarchiv Koblenz, R 58/211.

bewaffneten Kampf bis zum Aufstand. Aus dem Kölner Raum sind für Herbst 1944 sogar partisanenähnliche Formationen ausländischer Arbeiter in Verbindung mit deutschen Deserteuren, Kommunisten und oppositionellen Jugendlichen belegt, die neben mehrstündigen Feuertreffen auch erfolgreiche Attentate auf den Kölner Gestapo- und andere NS-Größen verantworteten <sup>36)</sup>.

Fast vergessen ist auch ein Phänomen spontanen Jugendprotestes, das besonders im Rheinland auftrat, sich aber im Laufe des Krieges auf das ganze Reichsgebiet ausbreitete: die Banden der sogenannten Edelweißpiraten <sup>37)</sup>. Ihre Geschichte kann als beispielhaft für das Verhalten auch anderer Gruppen Jugendlicher im Dritten Reich angesehen werden. Diese spontane Bewegung vornehmlich von Arbeiterjugendlichen zwischen Schulentlassung und Wehrdienst entstand in den dreißiger Jahren aus Gruppen, die sich dem HJ-Dienst entzogen und ihre Freizeit selbstverantwortlich gestalten wollten. Dabei übernahmen sie für ihre abendlichen Treffs in Parks und Trümmergeländen und für ihre Wanderfahrten am Wochenende zwar bündische Kommunikationsformen (Kluft, Lieder, Fahrtenwesen). Sie knüpften aber weder personell noch ideologisch an die mehr bürgerlich bestimmten bündischen Traditionen an. Ihr Hauptziel einer selbstbestimmten Freizeitgestaltung entfernte sie zunächst nur von der HJ, um sie dann in Reaktion auf deren Zwangsmaßnahmen zu erbitterten Gegnern zu machen. Vom Protest gegen militärischen Drill und autoritäres Verhalten führte ein widersprüchlicher Weg zum Widerstand. Er äußerte sich in Überfällen auf HJ- und SA-Uniformierte oder NSDAP-Lokale, im Verbreiten antifaschistischer Losungen, im Sammeln und Verteilen alliierter Flugblätter und teilweise in der Zusammenarbeit mit deutschen Untergrundgruppen und Vereinigungen ausländischer Kriegsgefangener.

Die meisten Widerstandshandlungen jenseits der politischen Gruppen der Arbeiterbewegung sind ihrer Natur nach individuell gewesen. Unter dem Stichwort „Volksopposition“ faßten die NS-Quellen solche unterschiedlichen Akte wie das Weitererzählen politischer Witze und Gerüchte, das Abhören von ausländischen Rundfunkstationen und individuelle Hilfsaktionen für Verfolgte zusammen. Das Ausmaß solcher Volksopposition läßt sich nur schwer bestimmen. Weder kann man das Verhältnis zwischen poli-

<sup>36)</sup> Widerstand und Verfolgung in Köln 1933 bis 1945. Katalog zur Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, Köln 1974; J. A. Brodski, Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 1941 bis 1945, Berlin 1975.

<sup>37)</sup> Daniel Horn, Youth Resistance in the Third Reich: A Social Portrait, in: Journal of Social History, 7 (1973), S. 26–50; dazu erscheint 1980 im Bund-Verlag, Köln, meine Dokumentation: Edelweißpiraten. Arbeiterjugend gegen HJ und Gestapo.

zeilich ermittelten und den unentdeckten oppositionellen Akten angeben, noch läßt sich immer feststellen, ob das aktenkundige „Delikt“ einmaliger Natur war, also vielleicht einer vorübergehenden Verärgerung entsprang, oder aber nur die „Spitze eines Eisbergs“ dauernd abweichenden Verhaltens war. Dennoch illustrieren diese Fälle oftmals anschaulicher und lebensnäher als die Geschichte illegaler Widerstandszellen, vor welchen Konflikten der „kleine Mann“ stand, wenn es galt, einen aufrechten Gang zu bewahren.

Mißstimmung in der Bevölkerung, sozialer Druck mit politischen Auswirkungen und Akte der Volksopposition sprechen eindeutig gegen das NS-Propagandabild einer geschlossenen und fanatisierten Volksgemeinschaft. Dennoch bestand unter der Bevölkerung eine gewisse Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus, beispielsweise in Fragen der Außenpolitik. Außerdem resignierten auch viele Unzufriedene und richteten sich innerhalb der ohnehin nicht beeinflussbaren Strukturen des Regimes ein. Als Gegenbild zur Volksopposition muß zudem auf das verbreitete Denunziationsunwesen hingewiesen werden. Ein differenziertes Bild der inneren Lage im Dritten Reich und der Haltung der Arbeiterschaft wird daher verschiedene Abstufungen von Anpassung wie Ablehnung umfassen müssen.

#### **IV. Zur Darstellung des Arbeiterwiderstands**

Der Darstellung des Widerstands als Teil der demokratischen Tradition in Deutschland gebührt schon deshalb ein besonderer Platz, weil er der Kontinuitätslinie der Kriege und Obrigkeiten die Kontinuität des Eintretens für den Frieden und die Demokratie zur Zeit ihrer schwersten Bedrohung in der deutschen Geschichte entgegengestellt. Aber nicht nur die Inhalte unserer Verfassungsordnung lassen sich aus dem Antifaschismus besser begreifen, auch der Ernst des demokratischen Neubeginns wird deutlich, wenn unter seinen Repräsentanten Männer und Frauen des Widerstands und des antifaschistischen Exils hervorgehoben werden. Gleichzeitig schärft der Vergleich der deutschen Nachkriegsgeschichte mit den Zielsetzungen des Widerstands das Bewußtsein dafür, daß wir noch in der Spannung zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit stehen und daß Gefährdungen des demokratischen Rechtsstaats auch heute schon in den Anfängen gewehrt werden muß.

Im Gegensatz zum Widerstand von Generälen und Kirchenführern, dessen historische Bedeutung nicht bestritten werden soll, kann die Geschichte des Arbeiterwiderstands, zumal auch Jugendlicher aus der Arbeiterschaft, den Lernenden näher an eine ihm vertraute soziale Lebenswirklichkeit heranführen und damit vermeiden helfen, daß die Geschichte des Widerstands in einer Art Heiligenlegende erstarrt.

Widerstand aus dem Volk und im Alltag erlaubt gerade dann eine positive Identifikation, wenn er im örtlich vertrauten Rahmen oder zumindest durch das anschauliche Beispiel einzelner Personen repräsentiert wird. Selbst ein Interview mit einem noch lebenden Zeugen des Widerstands, das vom rein historischen Standpunkt oftmals gegenüber anderen Quellengattungen unergiebig bleiben mag, ist wegen seiner Anschaulichkeit und Unmittelbarkeit für Unterricht und öffentliche Medien hervorragend geeignet. Es wäre wichtig, solange noch solche Zeitzeugen leben, eine Sammlung von Filmen und Videobändern mit Interviews anzulegen und für die historische Bildung aufzubereiten.

Solange die nationalsozialistische Mythologie und Propaganda, wie der Hitler-Film von Joachim Fest gezeigt hat, noch das heutige Bild des Dritten Reichs weitgehend prägen, gewinnen die inzwischen zugänglichen authentischen Dokumente des Widerstands eine erhöhte Bedeutung. Noch immer gibt es kaum eine umfassende und anschauliche Dokumentation des deutschen Widerstands, kaum Sammlungen von Dokumenten, die über den engen Kreis von Fachwissenschaftlern hinaus zugänglich wären<sup>38)</sup>. Wichtig wäre auch, Schlüsseltexte aus geheimen NS-Dokumenten, wie die SD-Meldungen aus dem Reich, so für die Schulen aufzubereiten, daß der Widerspruch zwischen Volksgemeinschaftspropaganda und innerer Realität im NS-Staat augenfällig würde.

Bisher hat man oftmals in dem Bemühen, die Verwerflichkeit totalitärer Machtentfaltung zu dokumentieren, ungewollt dem Mythos gefrönt, das Dritte Reich wäre ein Ausbund an Effektivität, hierarchischer Ordnung und „Triumph des Willens“ gewesen. Eine solche Darstellung ist nicht nur von der historischen Forschung inzwischen überholt, sie birgt auch die Gefahr, daß Schüler auf die von den Nationalsozialisten demonstrierte „Ästhetik der Macht“ (etwa die Aufmärsche, Fahnenweihen, Bilder gläubig-fanaticher Massen) hereinfließen. Demgegenüber kann ein alltagsorientierter Unterrichtsansatz, der die Sozialgeschichte des Dritten Reichs einbezieht, aufzeigen, wie unfähig die nationalsozialistischen Machtapparate gewesen sind, die sozialen und wirtschaftlichen Konflikte langfristig zu lösen.

Die Beschäftigung mit der sozialen Wirklichkeit im Dritten Reich, den alltäglichen Pressionen und den Versuchen, dem Anpassungsdruck zu widerstehen, kann auch die in Teilen der Jugend wieder verbreiteten vagen Illusionen über materielle Besserstellung und sozialen Aufstieg, wie sie sich etwa an die Arbeitsbeschaffungs- und Autobahnlegenden knüpfen, in Frage stellen.

<sup>38)</sup> Focke/Reimer, a. a. O.

Es hat sich gerade in der Diskussion über den Film „Holocaust“ gezeigt, daß ein emotional nachvollziehbares Beispiel weitaus eindringlicher wirkt als trockene Dokumentationen oder die statistische Auflistung von Millionen NS-Opfern. Ein Unterrichtseinstieg mit der Darstellung einzelner Terrorakte in der engeren Heimat der Schüler und auf das Schicksal einzelner Personen bezogen, wird daher anzustreben sein. Ähnliches gilt für die Herleitung der Bedeutung der Grund- und Menschenrechte aus konkret erfahrbaren Situationen, in denen sie durch den Faschismus verletzt worden sind.

Es ist eine alte Regel, die Problematik des Widerstands an Beispielen jugendlicher Antifaschisten dem Schüler näherzubringen. Wieweit das dabei häufig gewählte Schicksal der Geschwister Scholl dem Erfahrungshorizont eines heutigen 14 – 16jährigen entspricht, sei dahingestellt. Zumindest dürften die Anknüpfungspunkte bei den erwähnten Protestbewegungen der dem Schüler gleichaltrigen jugendlichen Oppositionellen, denen es primär um die Gegenwehr gegen den HJ-Drill und um eine selbstgestaltete Freizeit ging, größer sein <sup>39)</sup>.

An Personen des Widerstands können nicht zuletzt positive Gegenbilder sozial verantwortlichen Handelns (bei aller zu beachtenden Vielfalt der Motive, Werthaltungen und Äußerungsformen) gekennzeichnet werden. Über die sicher notwendige Aneignung von Kenntnissen hinaus können dabei auch einer Demokratie gerechte Vorbilder und Werte vorgestellt werden. Gerade eine erfahrungsorientierte Didaktik des Widerstands sollte nicht nur Wissen vermitteln, sondern sich auch nicht scheuen, Gefühle zu wecken und auf Einstellungen einzuwirken.

Da weder der ganze Arbeiterwiderstand im Schulunterricht behandelt werden kann noch – auch nur zu dessen Gunsten – auf die Darstellung anderer antifaschistischer Bestrebungen (christlicher, militärischer und bürgerlicher Widerstand) verzichtet werden darf, stellt sich die Frage nach der Auswahl und der thematischen Einordnung. Will man den Widerstand in seinen verschiedenen Bestandteilen, seinen Grenzen und Wirkungsmöglichkeiten darstellen, böte sich an, von einem Brennpunkt der Entwicklung (entweder der Machtergreifungsphase oder der Zeit um den 20. Juli 1944) auszugehen und von hier aus das Zusammenwirken bzw. die fehlende Koordination der verschiedenen Strömungen darzustellen. Besonders der 20. Juli 1944 böte nicht nur die Gelegenheit, die konservative und militärische Opposition vorzustellen, sondern auch die gleichzeitigen sozialdemokrati-

<sup>39)</sup> Hans Jochen Markmann, Widerstand und Verfolgung von Jugendlichen und Kindern in der Zeit des Nationalsozialismus (1939–1945) im Unterricht, Pädagogisches Zentrum Berlin 1979.

schen und kommunistischen Bestrebungen, die Stimmung der Bevölkerung, die Lage in den Betrieben und das Aufbegehren der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen.

Eine andere Möglichkeit der Darstellung wäre, eine soziale Gruppe oder einen Verhaltenskomplex durch die verschiedenen Formen des Widerstands hindurch zu verfolgen, beispielsweise das Verhalten der Jugend im Bereich sozialistischer, kommunistischer, katholischer Strömungen, der Bündischen Bewegung genauso wie der spontanen Edelweißpiratengruppen und solcher studentischer Gruppen wie der Weißen Rose vergleichend darzustellen. In allen Fällen jedoch sollten die Vielschichtigkeit und der Pluralismus antifaschistischen Verhaltens ebenso zum Ausdruck kommen wie ihre grundlegende Gemeinsamkeit, die den Verfassungskonsens von 1949 prägte.

## **Dokumente**

zum Widerstand der Arbeiter, Jugendlichen und ausländischen Zwangsarbeiter.

### **Inhalt:**

Dok. 1:	Flugblatt zu den Vertrauensleute„wahlen“ im April 1934 ....	29
Dok. 2:	Spitzelbericht vom Wuppertaler Prozeß gegen Gewerkschafter vom 16. Januar 1936 .....	30
Dok. 3:	„Bergarbeitermitteilungen“ Ausgabe vom Januar und November 1938 .....	31
Dok. 4:	Aktenstücke zum Schicksal des Jungarbeiters Nikolaus Franz (1937–1940) .....	33
Dok. 5:	Bericht des Wuppertaler Gewerbeaufsichtsamtes über Lohnforderungen und Krankmeldungen vom 15. April 1939 .....	38
Dok. 6:	Aus den „Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse“ des Reichssicherheitshauptamtes vom Dezember 1941 .....	41
Dok. 7:	Urteil des Volksgerichtshofes vom 6. Juni 1942 in der Strafsache Erich Deibel .....	46
Dok. 8:	Öffentliche Bekanntmachung der Hinrichtung des Arbeiters Erich Deibel .....	47
Dok. 9:	„Der Friedenskämpfer“, Sonderausgabe vom Juni 1942, herausgegeben von Wilhelm Knöchel, gedruckt und verbreitet in Berlin und im Rhein-Ruhrgebiet .....	48
Dok. 10:	Bericht eines Kölner Jugendrichters über die Edelweißpiraten vom 7. November 1943 .....	55

Flugblatt zu den Vertrauensleute„wahlen“ im April 1934

## **DIE VERTRAUENSMÄNNER,**

die am 3. und 4. April „gewählt“ werden sollen, sind nicht unsere Vertrauensleute. Der „Herr Betriebsführer“ stellt nur die Kandidaten auf, die ihm und dem Pg. Treuhänder passen! Deshalb müssen wir **STREICHEN!**

Lasst Euch nicht übers Ohr hauen. Lasst Euch nicht durch falsche Parolen verwirren, ganz gleich, woher sie kommen. Auch wenn der „Herr Betriebsführer“ einen guten Kollegen auf die Liste setzt, streicht die Liste durch. Selbst der beste Kollege kann im „Vertrauensrat“ nichts durchsetzen. Er wird nur als Lockvogel missbraucht, damit möglichst viele „Ja-Stimmen“ zusammenkommen. Jeder „Ja-Zettel“ gilt als Zustimmung zu den niedrigen Löhnen, zur braunen Antreiberei, zu den steigenden Preisen, zum braunen Hunger und zum Giftgaskrieg.

Ihr sollt für „Erz“ gegen „Fett“ stimmen, für Giftgastod und Hungersnot. Die Autobonzen der D.A.F. möchten melden: die Betriebe wollen hungern, die Betriebe wollen Krieg! Deshalb sagt Nein!

## **STREICHT DIE GANZE LISTE DURCH!**

Auf jeden Fall aber den Repräsentanten des Systems, den Mann der N. S. B. O. und den Walter der D. A. F.

Sie sollen wissen: wir wollen höhere Löhne, wir wollen Teuerungsausgleich. Wir wollen keine Vertrauensmänner der Unternehmer! Für dieses System der Entrechtung, der Unterdrückung und Ausbeutung nimmt keiner freiwillig die Knarre in die Hand! Wir wollen Freiheit, Frieden und Brot!

Geht als Flüsterparole weiter, schreibt an die Mauern und Zäune, schreibt in die Waschräume und die Toiletten:

**MISSTRAUENSWAHLEN! STREICHEN!!**

16. Januar 1936

Gewährmann gibt folgende Nachricht:

In unserem Bericht gaben wir zur Kenntnis, dass der Führer der Gruppe zum Ausdruck brachte, er selbst habe gesehen, wie man 80 Gefangene am Elberfelder Landgericht vorgeführt habe. Es handele sich hier um Arbeitskameraden, die sich für ihre frühere Gewerkschaft eingesetzt hätten.

Ich habe am 14. ds. Mts. mittags mit dem Kreiswalter eine Beobachtung in Zivil gemacht und hierbei festgestellt, dass z. Zt. Verhandlung des Sondergerichts von Hama tagt, welche Anklage führt gegen die bei der Fa. I. P. Bemberg A. G., Barmen, s. Zt. verhafteten Volksgenossen, die der illegalen Tätigkeit überführt sind. Das uns hier gebotene Bild des Abtransportes nach Schluss der Verhandlung gab uns Veranlassung, sofort der hiesigen zuständigen Stelle die Notwendigkeit einer sofortigen Abstellung mitzuteilen. Die anliegenden Strassen vom Landgericht bis zur Gefängnisanstalt sind von der Bevölkerung dicht belagert, da mittlerweile bekannt geworden ist, dass täglich, voraussichtlich bis Samstag, zur gleichen Zeit, nachmittags 15 - 15,30 Uhr, die Inhaftierten abgeführt werden. Der Abtransport geschieht täglich unter stärkster Bewachung der Schutzpolizei, was naturgemäss immer grosses Aufsehen erregt.-

Dieses Bild haben die 3 Franzosen mit nach Frankreich genommen und werden es in einer viel krasserem Form dort schildern. Wer garantiert, ob nicht von unberufener Seite von solchen Transporten Aufnahmen gemacht werden? Da wir an und für sich unter den Lügenmeldungen im Auslande stark leiden haben, muss man sich wundern, dass wir selbst das Material dafür liefern.

Stellt man sich mitten unter die Vgg., die als Zuschauer solcher Transporte beobachten, so kann man auch hier den Unfrieden bezw. die ablehnende Stellungnahme hören.

-----

# BERGARBEITER-MITTEILUNGEN

*darüber*

HERAUSGEGEBEN VOM  
ARBEITSAUSSCHUSS FREIGEWERKSCHAFTLICHER BERGARBEITER DEUTSCHLANDS  
(ANGESCHLOSSEN DER BERGARBEITER-INTERNATIONALE: - SITZ LONDON)

Januar 1938

## Unsere Arbeit und die deutsche Geheime Staatspolizei.

Das nationalsozialistische Diktaturregime in Deutschland hat zu seiner Sicherung eine politische Polizei geschaffen, die sowohl ihrem <sup>nach</sup> Umfange als auch in den ihr zugewiesenen Machtkompetenzen alles übertrifft, was die Geschichte des Polizeiwesens in Diktaturstaaten bisher aufzuweisen hat. Die deutsche Geheime Staatspolizei, kurz "Gestapo" genannt, ist nicht wie ihr Name andeutet, ein organischer Teil des deutschen Polizeiwesens, sondern eine vollkommen selbständige Behörde. Ihr oberster Leiter ist der SS Führer Himmler. Als die Generalaufgabe der Gestapo kann bezeichnet werden: das Aufspüren aller gegen den nationalsozialistischen Diktaturstaat gerichteten Bestrebungen und deren rücksichtsloseste Bekämpfung. Zu diesem Zwecke stehen ihr Machtbefugnisse zu, die sogar soweit gehen, dass die Gestapo die Tätigkeit von Reichsministern überwachen kann. Die ihr zur Verfügung stehenden Gelder unterliegen nicht der Kontrolle der Reichsregierung und sind sowohl in Reichsmark (für die Tätigkeit im Inlande) als auch in Devisen (für die Auslandstätigkeit) ungewöhnlich hoch.

Die Tätigkeit unserer illegalen Organisation ist darauf gerichtet, in Deutschland die Gewerkschaftsfreiheit zu erkämpfen. Die nationalsozialistische Diktatur kann und will diese niemals freiwillig gewähren, wodurch der von uns geführte illegale Kampf ganz unzweideutig auch ein Kampf gegen das faschistische Staatsregime wird. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Gestapo auch den Kampf gegen unsere illegale Arbeit mit zu ihren Hauptaufgaben rechnet, da wir in ihren Augen "Hochverrat" betreiben.

Im folgenden geben wir einen kurzen Überblick über unsere Erfahrungen mit der Gestapo, dem uns gegenüberstehenden Todfeind. Es kommt uns dabei vor allem darauf an, die Arbeitsmethoden der deutschen politischen Geheimpolizei zu schildern und zu zeigen, welche Gegenmassnahmen wir treffen, um allen Gefahren zum Trotz die illegale Gewerkschaftsarbeit mit Erfolg fortsetzen zu können.

# BERGARBEITER-MITTEILUNGEN

HERAUSGEGEBEN VOM  
ARBEITSAUSSCHUSS FREIGEWERKSCHAFTLICHER BERGARBEITER DEUTSCHLANDS  
(ANGESCHLOSSEN DER BERGARBEITER-INTERNATIONALE - SITZ LONDON)

Dritter Jahrgang : No. II.

November 1938.

Vom Judenpogrom in einer Zechenstadt. Folgende aus dem Judenpogrom in einer Stadt  
des Ruhrreviers bezug nehmenden Stellen ent-  
nehmen wir wörtlich dem Bericht eines Ver-  
trauensmannes:

Die grassierenden Judenverfolgungen haben bei uns durch den Tod des deutschen Diplomaten in Paris wohl ihren Höhepunkt erreicht, sie sind jedoch schon seit Mitte Oktober im Gange. Die ersten Opfer der neuen Verfolgungswelle der Juden waren bei uns mehrere Magistratsbeamte. Sie wurden ganz plötzlich fristlos entlassen. Als Grund wurde ihnen angegeben, sie haben noch bis vor kurzem bei Juden gekauft. Man hatte ihre Namen in den Kundenbüchern einiger grösserer jüdischer Geschäfte gefunden, die im Oktober arisiert worden waren. Es ist das unsere Wissens das erste Mal, dass Beamte fristlos entlassen wurden, weil sie in jüdischen Geschäften gekauft haben. Über diese Massnahme wurde überall, selbst im Betrieb, viel gesprochen. Man rechnete damit, dass auch Beamte anderer Zehnen und schliesslich auch Privatangestellte deshalb ihre Entlassung bekommen würden.

Dann hatten unsere Lokalzeitungen hier und da andeutungen des Inhalts gemacht, dass wir neuen Einzelhandelsgeschäfte haben. In Verbindung mit dem Mangel an Arbeitskräften setzte eine Art Kampagne gegen die Einzelhandelsbetriebe ein. Es wurde auch schon die Zahl der "Opfer" angegeben. Es hiess da, nämlich, sollte auf 1000 Einwohner nur noch ein Einzelhandelsgeschäft kommen. Für Lillheim an der Ruhr hätte diese Regelung bedeutet, dass von den 1719 Einzelhandelsgeschäften 774 hätten geschlossen werden müssen. Da es sich gerade bei dieser Schicht um sehr viele alte Nazis handelt, kann man sich vorstellen, welchen Eindruck diese Kampagne auf diese Schichten gemacht hat. Früher waren sie durch die Nazi-propaganda gegen die angeblich jüdischen Warenhäuser zu Gefolgsleuten Hitlers geworden, ihr aus Konkurrenzneid geborener Antisemitismus hatte sie dem Nationalsozialismus zugeführt. Jetzt versuchte dieser sie damit bei der Stange zu halten. Ein Versuch, der allerdings sogar in diesen Schichten vollkommen fehlgeschlagen, wie ganz unverkennbar festzustellen ist.

Man muss bedenken, dass der "Sieg" über die Tschecho-Slowakei in der Erinnerung des an ständigen trüben gewöhnten deutschen Volkes schon Jahre, die Eroberung Österreichs gewissermassen schon Jahrzehnte zurück liegt. Nur war schon direkt während dieser Ereignisse die Stimmung der Bevölkerung sehr schlecht. Ein oder zwei Tage gab es eine Freude, weil kein Krieg ausgebrochen war. Aber dann trat ein Misstrauen dem Nazistystem gegenüber ein, wie es bisher wirklich noch nie, selbst nicht während der Tage der Kriegsanst, vorhanden gewesen ist. Deshalb setzte schon Mitte Oktober die neue Hetze gegen die Juden ein, die für die schlechte Stimmung während der kritischen Tage und auch dafür, dass es seit dem "Eroberungen" nicht besser geworden ist, verantwortlich gemacht werden sollen. Das Nazistystem brauchte ein Mandat, um das Volk von seinen Sorgen abzulenken.

In unserer Stadt spielte es sich so ab: Am Abend war eine grosse öffentliche Naziversammlung, auf der ein Reichsredner der Nazis sprach. Die Versammlung ging so vor sich, dass in dem grossen Saal, wo die Rede gehalten wurde, nur uniformierte Nazis, vor allem SA und SS Leute waren; in dem andern Saal desselben Lokals konnte man die Rede ebenfalls hören. Sie wurde durch Lautsprecher dahin übertragen, dort sass das Zivilvolk. Alle drei Nebensäle waren zu etwa drei Viertel besetzt. Der Reichsredner betete zwar schliesslich gegen die Juden, aber eigenartigweise gegen die Katholiken und Protestanten, die während der kritischen Tage für den Frieden gebetet hatten, noch mehr, gegen halb zwölf Uhr waren die Versammlungsäle geräumt, bis auf den grossen Saal, wo die uniformierten Nazis waren. Diese hielten danach noch einen Sonderappell ab.

Der Strafanstaltsdirektor.

Herford, den 6. Januar 1937.

Fernsprecher 2041/42.

Aktenz.: 5.0.Js.36/35.

G.St.A.Hamm.

An die

Herford, den 6. Januar 1937  
Staatspolizeistelle

Essen.

1937

Der Zuchthausgefangene Nikolaus Franz, geboren am 20.5.1912 in Essen, hat am 1.2.37 seine Zuchthausstrafe von 2 Jahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat verbüßt und wird nach Essen, Nordhofstraße 118 entlassen.

Franz hat sich zwar hausordnungsmäßig geführt, ist aber derart in seiner kommunistischen und staatsfeindlichen Lebenswelt befangen, aus der von einer inneren Umstellung bei ihm nichts zu spüren ist. Es besteht durchaus die Gefahr, dass sich Franz auch erneut nach seiner Entlassung in staatsfeindlichem Sinne betätigt. Schutzhaft, für kurze Zeit halte ich für erforderlich.

gez. Dr. Willner.



Beglaubigt:

*Meyer*  
Strafanstaltssekretär.



E s s e n, den 15. 1. 1937.

Der Arbeiter Nikolaus F r a n z, geb. am 20.5.1912 in Essen, wohnhaft Essen, Nordhof 118, war bereits von 1931 bis 1932 Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus. Er wurde am 2.2.1935 festgenommen, weil er seit Juni 1934 dem illegalen K.J.V.D. angehörte und an geheimen Zusammenkünften zum Zwecke des Wiederaufbaus des III.KJVD teilgenommen hatte. Ferner hat er im Jahre 1934 hochverräterische Druckschriften gegen Beschlung entgegen genommen.

Nach einer Mitteilung des Strafanstaltsdirektors in Marlburg ist F. in seiner kommunistischen und staatsfeindlichen Ideenwelt derart befangen, dass von einer Umstellung bei ihm nichts zu spüren ist. Da die Gefahr besteht, dass F. nach seiner Entlassung sich weiter in staatsfeindlichen Sinne betätigen wird, erscheint die Verhängung der Schutzhaft ~~angebracht~~.

*M. W.*  
Kr. Ass. Amv. A. Pr.

Aussendienststelle Essen

E s s e n, den 15. 1. 1937.

II 1 A Tgb. Nr. 190/37

*1937/1*

1.) II 1 F zur Vervollständigung der Karteikarten.

2.) II 1 B zur geflg. weiteren Erledigung bezgl. der Schutzhaftmaßnahmen und zum Verbleib.

*mit 20/1. Pr.*

J. A.

*Kernsch.*

349  
Konzentrationslager Buchenwald  
Kommandantur

Weimar/Buchenwald, den 12. April 1938

Betrifft : F.B. für den Schutzhäftling-Nikolaus F r a n s  
Besug : dertiges Schreiben vom 6.4.38 II D  
Anlagen : keine

An die  
Staatspolizei-außendienststelle  
E s s e n .

Der Schutzhäftling Nikolaus F r a n s ,  
geboren am 20. 5.12 zu Essen , befindet sich seit dem 26.2.37  
in Schutzhaft.

Die Führung und Arbeitsleistungen des F. im Lager haben zu Bean-  
standungen in letzter Zeit keinen Anlass gegeben.

In politischer Beziehung ist F. allerdings noch nicht soweit  
beeindruckt, dass er jetzt schon gewillt wäre, bei einer evtl.  
Entlassung sich nicht wieder staatsfeindlich zu betätigen. F.  
hat sich noch nicht zu der Überzeugung durchgerungen, dass seine  
Weltanschauung falsch ist. Seine Gesinnung ist/ heute noch völlig  
kommunistisch.

Da F. sich noch nicht umgestellt hat und noch die Gefahr besteht,  
dass er sich seinen kommunistischen Gesinnungsgenossen wieder  
anschließen wird, lehne ich eine Entlassung als verfrüht ab.

Der Lagerkommandant

*H. H.*  
SS Standartenführer *H.*

H.-

Geführer: Erziehung  
Cicelyschiffle Gärde  
- Expedientenstelle  
II. D. 190/37.

F r a n z, den 20.2.1938

1.) Kanzlei fertige von dem anliegenden Führungsbericht eine  
Abschrift: von [ ] bis [ ]  
Gef.: [ ]  
An [ ]  
Stapo [ ]  
Betrifft: Schutzhaftprüfung Nikolaus Franz am 20.2.1938  
Erlassung: Verfg. v.16.2.38 - II.D. 446/38 -  
Anlagen 1

F r a n z war trotz seiner Jugend ein eingetragener und fanatischer Kommunist. Bereits vor der nationalsozialistischen Erhebung war er sehr rege tätig.

Nach der nat. soz. Erhebung beteiligte er sich an dem Wiederaufbau der illegalen KPD. Nach seinem eigenen Geständnis hat er noch im Jahre 1935 mit früheren KPD-Funktionären in Vertikungsgestanden und an geheimen Zusammenkünften teilgenommen.

Weiter hat er illegale kommunistische Druckschriften hochverräterischen Inhalts gegen Bestohlung angenommen und weitergeleitet. Am 2.2.1935 wurde er festgenommen und am 29.10.1935 von O.L. G. Ramm zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren verurteilt. Die Strafe hat er am 2.2.1937 verbüßt. Am gleichen Tage wurde er auf Grund des Erlasses des Gesetzes vom 23.7.1935 in Schutzhaft genommen, weil er noch keine Gewähr dafür bot, dass er bei Freilassung nicht wieder rückfällig wird.

Franz war vollkommen in seiner kommunistischen Weltanschauung verfangen und da er sich auch bis heute hiervon noch nicht hat freimachen können, bedeutet er nach wie vor eine ständige Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Jah halte daher eine Verlängerung der Schutzhaft für unbedenklich.  
Eine Abschrift des Führungsberichtes der Lagerverwaltung in Buchenwald füge ich bei.

3.) Absendenstelle zur Absendung der Heftschritte unter Beifügung der Abschrift.

4.) An II. D. zurück.

F. H.  
F 20/4

[Handwritten mark]

**Sehaine Staatspolizei — Staatspolizeistelle Düsseldorf**

Eingangs- Nr. 17. 6. 40 M. Pöschel Of. 1912	Staatspolizei Düsseldorf 1969 18 JUN 1940 An. 1898 1898	Expedient Nr. 1898 1898
Telegramm — Stempelpost — Fernpost — Fernsprecht		

++ KL BUCHENWALD NR. 3412 17.6.40 18.05 HE. —  
 AN STAPD DUESSELDORF, AUSSENDIENSTSTELLE ESSEN.  
 -- BETR. : POLIT.-HAEFTLING NIKOLAUS FRANZ, GEB. AM 20.5.12.  
 IN ESSEN, LETZTER WOHNORT ESSEN, NORDHOFSTR.118. ---  
 F. IST AM 17.6.40 UM 0.35 UHR AN HERZSCHWAECHENACH  
 BLINDDARMOPERATION VERSTORBEN EINAESCHERUNG AM 19.6.40. AUF  
 AUF EINEN AN DAS KREMATORIUM IN WEIMAR -BUCHENWALD ZU  
 RICHTERDEN ANTRA G KOENNEN DIE ANGEOERIGEN-DIE ASCHE ( AUF  
 EIGENE KOSTEN) AN DIE VERWALTUNG DES HEIMATFRIEDHES  
 UEBERBENDEN LASSEN. DIE STERBEURKUNDE IST BEIM STANDESAMT I.N  
 WEIMAR-BUCHENWALD ZU BEANTRAGEN. ICH BITTE DIE ANGEOERIGEN  
 BESTIMMUNGSGEMAESS VON VORSTEHENDEN ZU BENACHRICHTIGEN. DAS  
 GESTAPA HAT NACHRICHT ERHALTEN.  
 DER LAGEROMMANDANT I.V. GEZ. R O E D L SS-OBERSTUBAF

HSEA D, AK, BR 1015/80

Das Reich. Gewerkschaftsamt  
Büpperial



Münchener Hofstraße 15. April 1937  
Hermann Göring-Strasse 11  
Fernsprecher 2501 - Postfachstelle Essen 24779

Zgh. Nr. 571-3a/20.

Es wird g. d. d. im Folgenden  
obige Zgh. Nr. angegeben

An den  
Herrn Reichsarbeitsminister,

in  
B e r l i n S W I I

Saarlandstr. 96.

durch die Hand des  
Herrn Regierungspräsidenten,

in  
D ü s s e l d o r f

Betrifft: Monatliche Berichte über sozialpolitisches Geschehen

Vorname: Erlass vom 5.2.1937 - IIIa 1394/37

Verfügung vom 10.2.1937 - G.A.Nr.112 -

Gewisse, bereits seit längerer Zeit feststellbare Vorgänge in der Arbeiterschaft haben sich nunmehr verstärkt, daß von einer gewissen Bournuhigung in mehreren Betrieben gesprochen werden muß. Die Bestrebungen finden ihren äußeren Ausdruck einmal in der Stellung erhöhter Lohnansprüche, zweitens in der überaus starken Inanspruchnahme der Krankenkassen.

Das Streben nach Lohnerhöhung ist zwar an sich erklärlich. Einmal sind die im Verhältnis zu anderen Industriezweigen geringeren Löhne in der Textilindustrie eine ständige Quelle gewisser Unzufriedenheit, vor allem aber werden die Unterschiede, die zwischen den wöchentlichen Lohnsummen der in Rüstungsbetrieben oder an der Westgrenze Beschäftigten und denen anderer Gefolgschaftsmitglieder bestehen, als ungerechtfertigt empfunden. Man darf dabei auch eine sachliche Beurteilung der Verhältnisse durch die Beteiligten nicht voraussetzen.

Die Beobachtungen der Betriebsführer bzw. Betriebsleiter und Leiter der Personalabteilungen lassen jedoch auf weitere Gründe für das Vorgehen der Gefolgschaft schließen. Die Lohnforderungen werden unter allen erdenklichen Begründungen schlagartig von einer größeren Anzahl von Gefolgschaftsmitgliedern vorgebracht. Als Druckmittel

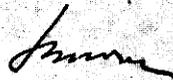
wurde

wardo die Kündigung angewendet, in einzelnen Fällen waren Versuche festzustellen, die Entlassung durch bewusste Verstöße gegen betriebliche Anordnungen zu erzwingen. Besonders auffällig ist dabei die Tatsache, daß diese Bestrebungen vornehmlich von den verhältnismäßig hoch bezahlten Arbeitern ausgingen. Es muß demnach angenommen werden, daß hier Regelrechte „Aktionen“ unternommen wurden. Über die Urhoberschaft gehen die Ansichten der Betriebsführer auseinander. Einige sind der Meinung, daß einzelne unzufriedene Gefolgschaftsmitglieder nur aus persönlichen Gründen ihre Arbeitkameraden zu gemeinschaftlichem Vorgehen zu bewegen suchten, um damit ihren eigenen Forderungen größere Erfolgsaussichten zu verschaffen. Andere gehen jedoch so weit, in den geschilderten Vorgängen die Auswirkung systematischer Unruhestiftung auf Grund ausländischer Propaganda (Moskauer Sender !) zu erblicken.

Noch schwieriger zu beurteilen sind die Gründe, die zu dem ebenfalls zu beobachtenden starken Ansteigen der Krankenziffern geführt haben können. Einmal ist es klar, daß infolge der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und bei der allgemeinen Lage des Arbeitseinsatzes viele Gefolgschaftsmitglieder eher als früher geneigt oder in der Lage sind, auch bei kleineren Anlässen krank zu feiern. Dies gilt vor allem für Arbeiterinnen, die neben ihrem Ehemann oder anderen Haushaltsangehörigen in zusätzlichen Erwerb stehen. So ist die Erkrankungsziffer der weiblichen meist mit leichten Arbeiten beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder, einer Kunstseidenfabrik, die früher im Gegensatz zu den allgemeinen Verhältnissen niedriger als die der Arbeiter lag, in den letzten Jahren erheblich größer als bei den männlichen Gefolgschaftsmitgliedern.

Weiterhin ist die Zunahme der Krankmeldungen zum Teil darauf zurückzuführen, daß in letzter Zeit zahlreiche Personen mit schlechter Arbeitsauffassung in die Betriebsgemeinschaften eingliedert werden mußten. Kennzeichnend hierfür ist die Tatsache, daß die Krankheitsziffer jedesmal auffällig sinkt, wenn Zahlungen bevorstehen, die die Abwesenheit der des Gefolgschaftsmitgliedes im Betriebe voraussetzen. Nach diesen Tagen ( 1. Mai, Weihnachten ) schnellt dann die Erkrankungsziffer wieder auf die alte Höhe. In vergangenen Jahren ist das entworfen Bild durch die starken Grippeepidemien zwar unendlich, aber doch

doch nicht verändert werden. Ob neben den durch die  
aufgeführten Ursachen begründeten Fällen auch bewußter  
und agitatorisch beeinflusster Mißbrauch der Krankenver-  
sicherung vorliegt, kann zur Zeit noch nicht entschie-  
den werden. Ein Unternehmer sprach sich allerdings in  
diesem Sinne aus; die entsprechende Aufholzung soll  
durch den "oskauer Sonder" erfolgt sein. f



*W. K. 11/14*

X

*Handwritten notes and date: 14.12.41*

*Handwritten: Kreis-Anlage*

58 *key*

Zusammenstellung

der in den Tagesberichten der Staatspolizei (Leitstellen)  
im Monat Dezember 1941

gemeldeten Festnahmen:

*Handwritten: Wunsch an 11/14*

Altreich und Ostmark:

Staatspolizei- (Leit)stellen	Gesamtzahl	Kommunismus Marxismus	Opposition	Kirchen- bewegung		Juden	Wirtschaft	Arbeitsniederlegungen					Verbot. Umgang mit Polen oder Kriegsgefangenen
				Kath.	Ev.			Deutsche	Polen	Belgier	Olländer	sonstige	
Aschen	113	14	9				13	10	16	9	15	24	3
Allenstein	144							6	115		1	21	1
Berlin	605	7	21	1	1	8	18	158	81	42	44	220	4
Braunschweig	162		13			1	11	20	70	14	2	26	5
Bremen	131	2	3		1	1	13	31	25	7	14	31	3
Breslau	635	2	25			3	1	15	473	1		101	14
Chemnitz	76	9	16		1	4	4	16	17	1		4	4
Darmstadt	88	3	2	3		12		19	26	1	1	10	11
Dortmund	106	1	7	6		1	3	99	6	7	1	50	5
Dresden	330	10	30		4	15	1	31	158	14	1	46	20
Misseldorf	205	8	37	2	1	2	6	62	22	11	12	33	7
Frankfurt/Main	192	19	29	7		28	6	21	37	5	4	30	6
Frankfurt, Oder	135	1	8					12	99			13	2
Graz	36	1	6	5	1			2	6			14	1
Halle	94	5	11			1	1	37	11		2	15	11
Hamburg	448	9	46			2	11	156	69	25	18	108	4

Staatspolizei- (Leit)stellen	Gesamtzahl	Kommunismus Marxismus	Opposition	Kath. Kirchen- bewegung		Juden	Irrtschaff	Arbeitsniederlegungen					
				Kath.	Ev.			Deutsche	Polen	Belgier	Holländer	sonstige	Verst. Übergang mit Polen v. d. R. Kriegsgefangenen
Hannover	246	1	30			5	46	109	12	9	27	7	
Hanstruck	31	8	16	3		3						1	
Berlinsbad	42		13	6			2	5	9			4	
Berlinsruhe	187	14	55	6	1		4	25	23	2	25	32	
Bassel	36	1	2				3	17			9	4	
Bielei	96		14				1	28	9		43	1	
Biegenfurt	41	4	18				1	10			6	2	
Koblenz	26		3	1			4	5	11	1	1		
Köln	40	1	6				6	6	5	2	6	7	
Königsberg	295	5	2			3	7	46	155	1	70	6	
Köslin	37		5				1	8	16		2	3	
Leipzig	222	3	16			4	14	21	96		61	7	
Merz	92	2	18	1		1	2	6	31	2	18	11	
Magdeburg	364	4	26			3	1	53	152	26	6	68	
München	261	5	7	2			18	13	119	10	1	83	
Münster	171	2	27	2				28	46	40	24	2	
Nürnberg	110	2	18			1	1	13	56	6	2	10	
Oppeln	129	2	8	4		3		12	83	1	12	2	
Osabrück	94		5			1		4	25	2	47	1	
Potsdam	43		3					7	22	1	9	1	
Regensburg	127	3	6	1			16	3	86	3	2	7	
Reichenberg	117	20	17			1	3	9	15		47	3	

Staatspolizei- (leit)stellen	Gesamtzahl	Communisten Anismus	O-position	Kath. Kirchen- bewegung		Juden	Intellekt	Arbeitsmängellegungen					
					Ev.			Deutsche	Polen	Belger	Holländer	Sonstige	Verbotsmangel mit Polen oder Angefang.
Saarbrücken	98	6	11				3	33	12	1		26	6
Salzburg	79		3				2	21	20		1	16	16
Schneidemühl	99		3	1			9	1	73			2	5
Werin	191	2	13				6	34	105			12	19
Wettin	138	1	14		1		4	17	66	6		17	12
Stuttgart	207	6	21	8	1	7	10	55	40	4	2	50	3
Tilsit	123	1	11			1		9	71			24	1
Trier	15		2	2			4	3	1			2	1
Troppau	65		24			1	2	4	19			15	2
Weimar	286	14	39			10	4	26	94	19	8	33	34
Wien	365	64	69				6	13	94			106	14
Wormshaven	102		18			3	3	15	24	1	31	9	4
W. J. Sipo u. d. S. in Luxemburg	26		11			2	1		1	10		1	
Bereichsbefehlsh. d. Sipo u. d. SD in Metz	33	2	30				1	7	18			16	7
in Strassburg	134	2	30				5	3				40	4

Protektorat und Ostgebiete:									
Staatspolizei- (Zeit)stellen	Gesamtzahl	Kommunismus Partisismus	Opposition	Kirchen= Bewegung		Juden	Wirtschaft	Arbeitsnieder- legung	Verbot, Umgang mit Polen oder Kriegsgefangenen
				Kath.	Ev.				
Prag	422	93	229			44	6	50	
Brünn	475	36	366	1		31	29	12	
Bromberg	128		47			1	4	68	8
Danzig	68	1	11			1	2	50	3
Graudenz	113		7				1	103	2
Hohensalza	52		7					28	17
Attowitz	363	5	193	1		14	4	142	4
Litzmannstadt	163		110			14	1	35	3
Posen	180		80	1		4	3	30	12
Zichenau	515	4	66			16		428	1

## Gesamtzahl der Festnahmen:

	Altreich und Ostmark	Protektorat und Ostgebiete	Insgesamt
9) Kommunismus und Marxismus	266	139	405
Opposition	927	1 116	2 043
kath.) Kirchen= ev.) bewegung	61	3	64
	12	--	12
Juden	129	125	254
Wirtschaft	228	50	278
Arbeitsnieder= legungen	6 412	996	7 408
Verbotener Umgang mit Polen oder Kriegsgefangenen	363	50	413
Gesamtzahl:	8 398	2 479	10 877

Abschrift.

9 J 216/41g

2 L 89/42

3

**Im Namen Geheim!**

# des Deutschen Volkes

In der Strafsache gegen  
den Arbeiter *Erich D e i b e l* aus Wetzlar, geboren am 1. August  
1907 in Rathenow,

in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft,  
wegen Vorbereitung zum Hochverrat u.a.  
hat der Volksgerichtshof, 2. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung  
vom 6. Juni 1942, an welcher teilgenommen haben

als Richter :

Vizepräsident des Volksgerichtshofs *Engert*, Vorsitzender,  
Landgerichtsdirektor *Dr. Lorenz*,  
H-Oberführer *Tscharmann*,  
General der Flakartillerie *Haubold*,  
Oberst *Mielke*,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Staatsanwalt *Dr. Bruchhaus*,

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:

Justizsekretär *Juhle*,

für nicht erkannt :

Der Angeklagte wird wegen Begünstigung des Feindes in Verbindung  
mit Vorbereitung zum Hochverrat und einem Rundfunkverbrechen  
zum T o d e

und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Das sichergestellte Rundfunkempfangsgerät Marke "Nora" (Wert  
100.-RM ) wird eingezogen.

Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen.

Von

Rechts

wegen.

# Bekanntmachung.

Der am 6. Juni 1942 vom Volksgerichtshof wegen landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Raubmordbrens zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 34 Jahre alte

**Erich Seibel**

aus Weimar

ist heute hingerichtet worden.

Berlin, den 15. August 1942.

**Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.**

66<sup>260</sup>

Der  
**Friedenskampf**

Sonderausgabe Juni 1942



## Wenn wir das alles einmal bezahlen müssen!

"Wenn ich auf die Welt blicke, die wir verkörpern und auf all die Männer, mit denen ich das Glück habe befreundet oder verbündet zu sein, wenn ich weiter sehe auf meine politischen Führer im Reich, auf meine Reichsleiter, Gauleiter, Reichsstatthalter, Generalgouverneure, die Feldmarschälle und Admirale und Generalobersten, dann sehe ich mit stürzender Zuversicht in die Zukunft."

So sprach Hitler am 26. April vor seinem sogenannten Reichstag. Besser konnte er sein Regime nicht charakterisieren. Die Welt, die er mit seiner Hande verkröppert, das ist der auslose und opferreiche Krieg, ist eine Welt der Massengräber, des Hungers, der absoluten Verelendung des Volkes. Seine Welt, das ist die Welt der Zoo Plutokratenfamilien, denen die großen Konzerne und Monopole gehören; Seine Welt ist die Welt der Schieber und Grossverdiener, die Welt der Gangster, Volksbetrüger und Volkerverderber. Seine Welt ist die Welt von Blut, Schweiß und Tränen, ist die Welt der Konzentrationslager, der Galgen, des Henkerbeils und der Geisselerschleisungen.

Seine Herrschaft, die er so gern als Volksherrschaft auszugeben versucht, ist nichts anderes, als die brutalste Herrschaft der Plutokraten und der Hierarchie der NSDAP, der Gau- und Reichspitze, der Reichsstatthalter und Reichskommissare, der Generalität und der ganzen Bande von Nutzniessern des Krieges. In dem oben zitierten Ausbruch hat Hitler unserem Volke klar und deutlich den wahren und einzigen Feind Deutschlands gezeigt. Diese Bande von Ausbeutern, Emporkömmlingen und Nutzniessern des brutalen imperialistischen Eroberungskrieges missbraucht den Namen Deutschlands und schändet den Ruf unseres Volkes mit unschuldigen, grausamen Verbrechen. All ihre Handlungen, die sie in Deutschland und in fremden Ländern begehen, sind Feindschläge in das Gesicht unseres Volkes.

In Namen unseres Volkes wurden am 2. Mai 55 Franzosen als Geiseln erschossen. Am 3. Mai fielen 72 Holländer den Giftgaschüssen der SS Panditen zum Opfer.

In Namen unseres Volkes wurden am 4. Mai 95 Franzosen und 18 Norweger auf Befehl des General Salmigall und des Reichskommissars Torboven erschossen. Am 8. Mai wurden wiederum 48 Franzosen ermordet und am 11. Mai fielen wieder 18 Norweger und 24 Holländer den braunen Geisselstrichen zum Opfer.

Nach den offiziellen Bekanntmachungen der Besatzungsbehörden wurden in dieser Zeit in unserem Namen 330 Geiseln ermordet, also jeden Tag 33. Wohlgekannt, es handelt sich bei diesen Erschliessungen nicht etwa um Aufständische, nicht um Menechen, die aus Liebe zu ihrem Volk und Vaterland irgendwelche Sabotageakte verübten. Es sind wehrlose und unschuldige Männer und Frauen, die nur deshalb von SS und Gestapo ermordet wurden und werden, weil ihre Zunge eine andere Sprache spricht, weil sie Franzosen, Holländer, Belgier usw. sind.

In Namen Deutschlands, in Namen jedes einzelnen Deutschen wurden am 22. Mai in Kowno 40 Litauer erschossen, in Berlin 3 Friedenskämpfer hingerichtet. Am gleichen Tage wurden in Mannheim 14 deutsche Patrioten zum Tode verurteilt, die nichts anderes wollten, als die Herbeiführung eines sofortigen Friedens.

In Namen unseres Volkes wurden vom 28/5. bis 10/6. allein in Prag 384 unschuldige Tschechen, darunter 52 Frauen auf Befehl des SS Oberstgruppenführer DeLuoge, der sich am 30. Juni 1934 bei der Ermordung von Röhm und seiner Gefolgschaft besonders hervortat, erschossen.

So geht es in den besetzten Gebieten schon über zwei Jahre, Tag für Tag. Die ungeschwächtesten Schandtaten werden in unserem Namen, in Namen des deutschen Volkes begangen. Weit über 200 000 polnische Männer, Frauen und Kinder wurden bisher von der deutschen Soldateska ermordet. Ganz systematisch und planmässig wird das polnische Volk durch die braunen Henker, durch Hunger, Epidemien, Erschliessungen und gemeinsten Zwangsarbeit vernichtet. Allein in 18 polnisch-schlesischen Gemeinden sind Galgen errichtet, an denen Eisenbahner und andere Arbeiter aufgehängt werden, die der Sabotage am Vorkahrswesen beschuldigt werden. Die Schulkindern müssen diesen Erhängungen beiwohnen. Über 60 000 Franzosen wurden seither von den Hitlerbrüdern als Geiseln erschossen. In Jugoslawien und Griechenland reiht sich Galgen an Galgen.



Unschuldige russische Frauen, Männer und Kinder wurden von den SS-Banden zur Hinrichtungsstätte geschleppt.



Eine ganze russische Familie wenige Meter vor dem Massengrab der unschuldig Ermordeten. Die Frau, von Entsetzen gepöckelt, beteuert verweigert ihre Unschuld.

**Im Namen  
des deutschen  
Volkes!  
Im Namen  
Jedess  
einzelnen  
Deutschen!**



Die Familie von ... am Rande des Massengrabes (Mittelbild) eine Sekunde bevor Mann, Frau und Kind durch Genickschüsse ermordet werden. Verzweifelt wirft sich die Frau hinter Mann und Kind, um die Kugeln aufzufangen.

**Wie lange wollt ihr  
diese Schmach  
noch dulden?  
Stürzt Hitler!  
Kämpft gegen  
SS und Gestapo!  
Macht Schluss  
mit der  
Tyranney!**



Eine russische Frau wird von den SS...



Hier erschossen die SS-Gangster eine junge russische Mutter mit ihrem...

Mord, Plünderung, Brandschatzung und mittelalterliche Knechtschaft, das sind die Kennzeichen der "Tätigkeit" von Hitlers Generälen und Reichskommissaren in den besetzten Gebieten. Überall in ganz Europa, wo deutsche Truppen ihren Fuß hinstetzten, wüthete das Grauen, die Not und das Elend der betroffenen Völker. Aber trotz der geschichtlich einmaligen Ausplünderung der größten Teile von Europa, wüthete die Armut in unserem eigenen Lande, wüthete die Not unser Volk in unerlöster, während der Reichtum der Plutokraten und der Faschierarchie sich ins Gigantische steigert.

In Namen unseres Volkes wurden und werden tausende russische Kriegsgefangene blindlings erschossen, weitere tausende werden in einen gräßlichen Hungertod getrieben.

In Namen unseres Volkes werden die Kriegsgefangenen aller unterjochten Nationen völlig rechtswidrig in die Kanonen- und Munitionsfabriken zur Herstellung von Hitlers Mordwaffen zwangsgewungen. Arbeiter der getödteten Völker werden mit allen Mitteln in die deutschen Rüstungsfabriken gepresst. Sie, die Zivil- und Kriegsgefangenen müssen in Deutschland Waffen und Munition erzeugen, die in diesem verfluchten Hitlerkrieg gegen ihre eigenen Völker verwendet werden. - Aber dem Oberbefehlshaber Ley und seinen Konsorten ist es damit noch nicht genug. Will die sich neu entwickelnde Solidarität zwischen den deutschen Arbeitern und ihren ausländischen Leidensgenossen sich einmal vernichten. Er will, dass sich die hungernden und in der Freiheit beraubten deutschen Arbeiter gegenüber ihren ausländischen Kameraden als Herrschenden fühlen und dementsprechend verhalten. Er hasst und fürchtet die Solidarität der Arbeiter und deshalb richtete er Kräfte an die Vertrauensleute, Arbeiter und Oberleuten des Arbeiter-

"Wir haben fast zwei Millionen ausländische Arbeiter nach Deutschland geholt. Ich hoffe und erwarte, dass unsere deutschen Arbeiter nun endlich die marxistische Solidarität vergessen und die notwendige Distanz zu den ausländischen Arbeitern wahren."

So gemein und niederträchtig all die Schandtaten in den besetzten Westgebieten, auf dem Balkan und in Polen sind, so ist all das, was in diesen Ländern an tierischer Gemeinheit passiert, unvergleichbar mit den beispiellosen Gräueltaten, die in unserem Namen in seilweiliger besetzten Teil der Sowjet Union verübt werden.

Zweimal hat die russische Regierung den ausländischen Diplomaten schon Noten überreicht in denen sie die Welt mit konkreten Angaben über die Ausplünderung der gesamten Zivilbevölkerung, über die Brandschatzungen und Hinrichtungen, die auf Befehl Hitlers in dem vorübergehend besetzten Gebieten der Sowjet Union massenmäßig verübt werden, unterrichtet.

Auch unser Volk hat schon einiges über die grausamen Verbrechen der hitlerischen Missethäter vernommen. Aber noch sträubte es sich, an eine solche Verbrennung deutscher Truppenverbände zu glauben. Es wollte nicht wahr haben, dass solche Missethäter und Sitten von den Hitlerbesatzungen zu solchen Scheuslichkeiten missbraucht werden. Es liess sich immer wieder von GSBbel einreden, dass die objektiven Berichte aus den besetzten Sowjetgebiet lügenrische Feindpropaganda seien. Wir sind heute in der Lage auch diesen Schwindel über die angebliche Feindpropaganda zu entlarven. Wir sind in dem Besitze einer Anzahl Originalfotos gekommen, die von selbständigen und ehrlichen deutschen Soldaten in der Ukraine aufgenommen wurden. Diese Fotos geben einen Einblick in die verbrecherischen und bestialischen Gräueltaten des hitlerischen Militarismus in den besetzten Sowjetgebieten. Wir vergessen niemals, wie das braune Mordregime gegen deutsche Frauen und Männer in den Konzentrationslagern wüthete. Wir erinnern uns immer wieder aufs Neue der Tausenden, die in den surdickliegenden Jahren der Hitlerdiktatur "auf der Flucht" erschossen und hingerichtet wurden. Wir wissen von dem bestialischen Terror in den besetzten Westgebieten. Niemand machte wir uns Illusionen über die braune "Menschlichkeit", und wir wissen, die neue Fortschrittlichkeit gegen unser eigenes Volk beweist, dass das Naziregime bei Auftreten größerer Schwierigkeiten sich in ungehört bluttriestigsten Terror zu verhalten sucht.

Und doch drohte uns das Blut in den Adern zu erstarren bei der Durchsicht der uns übergebenen Bilder. Kinder, Frauen und Greise werden ohne Prozess unschuldig auf das bestialischste hingeschlachtet. Dörfer und Städte werden verbrannt und verwüthet. Die Zivilbevölkerung wird all ihrer Lebensmittel und Kleidungsstücke beraubt. Eine tiefe Schamröthe stieg uns ins Gesicht und voll banger Sorge fragten wir uns: "Was soll aus Deutschland werden, wenn unser Volk einmal für all die Grausamkeiten und Bestialitäten die in seinem Namen von den Faschisten



Eine andere Gruppe russischer Zivilisten, wider Frauen, Kinder und Männer, auf dem Wege in den Tod



Die Todgeweihten müssen sich ihr Massengrab selbst anschauen

**Herzut mit den deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten!**



Das Grab nach Beendigung der Hinrichtungen voll Frauen, Kindern und Männern

**Soldaten! Fordert: Wir wollen heim ins Reich! Macht Schluß mit dem Krieg!**



Am Rande des selbstgegrabenen Massengrabes erwartet dieser russische Arbeiter ruhig die tödliche Kugel.



Die Mörder hoben für diesen Morgen keine lebenden Zielscheiben mehr. Sie benutzen dazu nun die Köpfe der Leichen

kern begangen werden, Müssen misste."

Diese Sorge um unser Volk und um den deutschen Staat veranlasst uns nur einige wenige dieser Fotos unserem Volk zur Kenntnis zu bringen. Unser Zeichner hat sich streng an die Originalen gehalten bei der Wiedergabe der Fotos, auf die Arbeit eines einseitig Hinrichtungs-kommandos zeigen. In diesen Bildern spricht die nackte und unverblühte Wahrheit. Über diese Art der hitlerischen "Kriegsführung" berichtet keine Wochenschau und keine der erbärmlichen Kras-turen aus den Propagandakompagnien.

Die in unserem Besitz befindlichen Fotos ergänzen die Berichte, die uns laufend von Fronturlaubern gegeben wurden. Ein SS Mann, der auf Grund seiner Erlebnisse in Lemberg mit Abscheu und Entsetzen von Nationalsozialismus abgewendet hat, berichtet uns:

"In Lemberg wurden seinerzeit jeden Morgen 200 Menschen erschossen. Wir mussten dann den Leichen Arme und Beine abhacken, die Augen ausstechen und den Frauen die Brüste abschneiden. Die so zugerichteten Erworbenen wurden dann den ausländischen Journalisten als "Opfer der GPU" gezeigt."

Ein Soldat aus der 77.Div. berichtet: Meine Abteilung hat am 1.Tag ihres Einzuges in Leningrad 12 russische Soldaten gefangen genommen. Sie wurden auf Befehl unseres Batteriechefs sofort erschossen.

Ein anderer Soldat von 29. Regiment der 3.mot.Div. berichtet uns: Wir lagen in einem Dorf an der Narwa. Jeden Tag um die Mittagszeit kam eine 60 jährige Greisin zu uns. Wir gaben ihr zu essen und freunden uns allmählich mit ihr an. Eines Tages lief sie unseren Kompanieführer in die Finger. Dieser gab ohne Grund Befehl die alte Frau zu erschossen.

Ein Soldat vom 11. Regiment der 17.mot.Div. sagte uns: Sofort nach unserem Einzugs in das Dorf Pehlich wurde die gesamte Zivilbevölkerung in den Fluss gejagt. Die SS warf mit Steinen nach den in den Fluss Getriebenen. Viele ertranken, vor allem die Kinder. 267 konnte sich schwimmend an das andere Ufer retten. Dort wurden sie auf Befehl eines SS Oberleutnants erschossen. Die Bevölkerung des ganzen Dorfes wurde so gemordet.

Ein Soldat von der 35.Inf.Div. erzählt uns während seines Urlaubs die folgende Begebenheit: Wir kamen im November 41 nach Wollokolansk. Dort fanden wir am Dorfeingang 6 erhängte russische Zivilisten, darunter 2 Mädchen im Alter von ungefähr 14 Jahren. Unser Kompanieführer erklärte uns, dass es sich bei den Erhängten um Partisanen handele und gab Befehl alle in Gefangenschaft geratenen Partisanen aufzuhängen.

Der Soldat K.Y. aus der 268.Div. berichtete uns: Wir lagen bei Wisma. Eines Tages fehlten unserm Spieß 2 Decken. Ein alter, 70 Jähriger Mann, der des Weges kam, wurde vom Spieß angehalten und des Diebstahls der Decken beschuldigt. Er schleppte das alte Männchen, das keine Ahnung von den Decken hatte, zum Oberleutnant. Dieser hörte den Feldwebel an und gab ohne Vorhör den Befehl, den Greis auf der Stelle zu erschossen. Der Spieß erschoss ihn darauf mit seiner Pistole.

Es fällt uns nicht leicht, das alles hier niederschreiben, geschieht das alles doch in Massen Deutschlands, wissen wir doch, dass unser Volk noch nicht in ganzem Umfang auch nur ahnt, welch ungeheure Blutschuld, das Hitlerregime ihm aufgewälzt hat. Aber unsere Pflicht als Deutsche, die wir unser Volk und Heimat aus tiefster Seele lieben, zwingt uns dazu, ungeschmeichelt die Wahrheit zu sagen, damit unser ganzes Volk erkennen kann, was die Hitlerbande alles in seinem Namen tut, zu welch schrecklichen Verbrechen es missbraucht wird. Wir wollen nicht, dass am Ende des Krieges, das Todesurteil, das die unterjochten Völker über Hitler und sein Regime gefällt haben, auch an unserm Volk und an unserer deutschen Heimat vollstreckt wird.

Der verbrecherisch von Hitler und seiner Bande vom Zaun gebrochene zweite Weltkrieg ist für Deutschland bereits verloren. Das muss jeder Deutsche heute begreifen. Hitlers Ende rückt unvermeidlich näher und wir wollen nicht, dass es ihm gelingt unser Volk mit in den Abgrund zu reißen. Solange noch ein Tropfen Blut in unsern Adern fließt, werden wir dagegen kämpfen, dass Hitler unser Volk zu seinem Komplizen machen kann.

Deutschland kann nur noch gerettet werden, wenn unser Volk selbst ganz klare Fronten schafft. Hier Hitler mit seiner Elitetruppe, dort unser großes deutsches Volk in Pflicht

263/69

mit den unterjochten Völkern. Jeder Deutsche muss sich jetzt sofort entscheiden. Neutrafe kann es in dieser Frontsicherung nicht geben. Wer sich für Hitler entscheidet, wer nicht das tut findet, sich in höchster Not für unser Volk, von ihm in Taten zu trennen, der wird mit untergehen.

Wir wollen, dass am Ende des Krieges unser Volk sagen kann: Wir haben uns selbst wieder gefunden und unseren Beitrag zur Beendigung des Krieges geleistet. Wir haben uns aus eigener Kraft gegen Hitler erhoben und den Sturz seines verbrecherischen Regimes herbeigeführt. Wir haben Opfer gebracht für den Freiheitskrieg der Menschheit, indem wir unsere eigene Freiheit wieder erkämpft haben. Nur so ist die Schande und die Schmach, die uns das Hitlerregime auferlegt hat, wieder abzuwaschen. Nur wenn wir am Ende des Krieges sagen können, wir Deutsche haben unsere Pflicht getan, ist unser deutscher Staat zu retten, braucht unser Volk für die furchtbaren Gräueltaten nicht zu büßen, wird es kein neues Versailles, kein nachträgliche Besetzung des Rhein- und Ruhrgebiets oder Abtrennung irgendwelcher anderer deutscher Gebiete geben.

Aus dieser Erkenntnis heraus, und aus tiefstem Pflichtgefühl gegenüber unserem Volk, schließen wir uns dem Aufruf der 60 Vertreter unseres öffentlichen und politischen Lebens an:

"Deutsche schliesst Euch zusammen gegen Hitler, gegen seine blutdürstige Leibgarde, gegen die SS und die Gestapo, gegen das ganze widerliche Naziregime. Vereinigt Euren Kampf mit dem heiligen Befreiungskrieg der Völker gegen die Hitlerherrschaft. Erhebt Euch mit Eurer ganzen Kraft gegen die Hitlerverbrecher. Stört und zerstört wo wie ihr könnt die Kriegsmaschine Hitlers, die Europa verüstet und Deutschland in den Abgrund stürzt. Beweist durch die Tat, dass das ganze deutsche Volk nicht für Hitler sterben, sondern für die Freiheit kämpfen, für die Ehre und Würde Deutschlands leben will. Rettet Deutschland, solange es noch nicht zu spät ist.

Soldaten der Wehrmacht! Macht Schluss mit dem verbrecherischen Eroberungskrieg. Kehrt nicht auf Eure Offiziere. Schliesst nicht auf die russischen Arbeiter und Bauern. Schafft in allen Truppenteilen Soldatenkomitees zum Kampf gegen den Krieg und gegen Hitler. Nehmt die Waffen an, gegen den Feind in euren Lande, gegen Hitler und seine Horderegierung. Kämpft mit den Waffen auf die Seite der Roten Armee über.

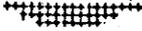
Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Erhebt Euch zum Kampf gegen die Hitlerherrschaft, gegen das niederträchtige Regime des Krieges, des Hungers und der Konzentrationslager! Bringt die Werkbänke zum Stehen! Macht die Maschinen, die Kardinstrumente herstellen, unbrauchbar! Arbeitet langsamer! Protestiert gegen die Zwangsschicht! Weigert Euch, weitere Opfer zu bringen, denn die verlängern den Krieg! Schafft illegale Betriebsvereinskomitees zur Führung des Kampfes gegen den Krieg und Hitlerfaschismus, für ein neues freies Deutschland! Bereitet Euch auf Massenmanifestationen für die Beendigung des Krieges und zum Sturz Hitlers vor!

Deutsche Bauern und Bäuerinnen! Protestiert gegen den verhassten Krieg, der Eure Wirtschaft ruiniert! Versteckt die Produkte vor den Hitlerbanden! Verbergt Eure Söhne, Ehemänner, Brüder, die in die Hitlerarmee einberufen worden sollen! Fordert das Recht des freien Mannes! Sabotiert die Kriegseisenern!

Deutsche Frauen fordert die sofortige Heimkehr Eurer Männer, Söhne und Brüder von der Front und aus den besetzten Gebieten! Haltet die Militärsüge an, die zu die Front abgehen! Mütter und Frauen schreibt Euren Männern und Söhnen, sie sollten ihr Leben retten und sich der Roten Armee gefangen geben!

Deutsche Jugend! Hitler hat Dir das Schönste im Leben, die Jugendzeit genommen und Dich in die Arbeitsdienstlager geworfen! Verweigert die Arbeitsdienstpflicht! Verlasst die Arbeitsdienstlager und lauft zu Euren Familien zurück!

Fort mit Hitler und seiner widerlichen  
Nieder mit dem Naziregime!  
Kämpft für ein neues freies Deutschland!



Deutsches Reich

S - Z III

An den  
Herrn Reichsminister der Justiz  
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat  
Dr. K ü m m e r l e i n

Berlin 78  
Wilhelmstr. 65

Berlin: 1135, 9. Dezember 1943  
Kaiserstr. 45-46  
Kauf: 99 62 61

*Edelweißpiraten  
zu dem Vorgang mit B...*  
*Hilfsgeld...*

482

Betr.: Bekämpfung der Cliquenbildung Jugendlicher -  
„Edelweißpiraten“ in Köln.

Der Rechtsreferent des Gebietes Köln-Machen der Hitler-Jugend, Gefolgschaftsführer F a s t o r, hat über das Wesen der Kölner „Edelweißpiraten“ und ihre Bekämpfung Bericht erstattet. Ich füge einen Auszug dieses Berichtes, der m.E. ein umfassendes Bild über die Lage gibt, mit der Bitte um Kenntnisnahme bei. Wie mir Gefolgschaftsführer Pastor, der gleichzeitig Jugendrichter in Köln ist, in übrigen vertraulich mitteilte, zählen s.Z. die „Edelweißpiraten“ in Köln nach Tausenden.

Da die Bekämpfung derartiger Cliquenbildungen als vordringlich anzusehen ist und auch im Einzelfall besonders wirksam zu erfolgen hat, glaube ich, daß im wesentlichen - je nach der Schwere des Falles - folgende Maßnahmen zur Anwendung kommen müssen:

- 1.) Bei Jugendlichen, die lediglich als Mitläufer zu bezeichnen sind, muß eine Heranziehung und stärkere Betreuung durch die Hitler-Jugend erstrebt werden.
- 2.) Bei Jugendlichen, die sich nicht ohne Schwierigkeiten von sich aus wieder in die Hitler-Jugend und überhaupt in die Jugendgemeinschaft einordnen, ist eine Einweisung in ein besonderes Wehrtüchtigungslager der Hitler-Jugend angebracht. Die Einweisung müßte durch die Hitler-Jugend erfolgen, wie es schon im Jugendlager „Burg Stahleck“ des Gebietes Moselland der Fall ist. Die Erziehung in diesen Lagern müßte ebenfalls der Hitler-Jugend obliegen, jedoch wäre es zweckmäßig, wenn sie hierbei durch Wehrmacht und Polizei unterstützt werden würde.
- 3.) In hartnäckigen Fällen, für die die Erziehung in einem Wehrtüchtigungslager nicht ausreichen wird, ist an eine Einweisung in ein Arbeitserziehungslager im Wege der vorläufigen Fürsorgeerziehung zu denken. Diese Arbeitserziehungslager würden damit in Zukunft zwei Gruppen von Jugendlichen aufnehmen: hartnäckige Arbeitsbummelanten und hartnäckige Cliquenangehörige.
- 4.) Bei Rädelführern und besonders hartnäckigen aktiven Teilnehmern muß zu längeren Jugendgefängnisstrafen gegriffen werden.

Ich hoffe, daß Sie mit dieser Stellungnahme übereinstimmen.

Heil Hitler!  
Im Auftrage:

Anlage

*M. K...*

*zu III/ka 3 IV/48*



Edelweisspiraten ist: kurze (Loder-)Hose (meist auch HJ-Hose), weisse Umlegesocken, kariertes Hemd, weisser Pullover, Windjacke, weisser Schal und lange Haare. In der linken Socke wird ein Kamm, in der rechten ein Messer (meist Fahrtenmesser) getragen. Mädchen tragen neben weissen Umlegesocken weisse Pullover oder Kletterwesten und Windjacken. Zur Wanderausrüstung gehören darüber hinaus Tornister und Musikinstrumente. In dieser Ausstattung können die Jungens in wärmeren Jahreszeiten Samstags und Sonntags, vor allem zu Pfingsten zu Hunderten beobachtet werden, wie sie zu Fuss, per Rad oder mit der Bahn nach draussen ziehen. In der Woche und auf der Arbeit tragen sie gewöhnlich Einzelstücke dieser Kluft wie weisser Schal, weisse Strümpfe, an denen sie dann neben den Abzeichen als Edelweisspiraten erkenntlich sind. Man unterscheidet "Treffe" und "Fahrten". Die zu einer Gruppe gehörenden Jungens treffen sich regelmäßig, meist täglich, nach Einbruch der Dunkelheit und stehen an Strassenecken und in Torwegen herum oder suchen abwechselnd bevorzugte Gastwirtschaften auf, wo ihnen meistens "der kleine Saal" zur Verfügung gestellt wird. Bei diesen Treffs werden gemeinsame Lieder gesungen, Fahrtenerlebnisse erzählt und über Straftaten berichtet, die jeder begangen haben will. Für die "Fahrten", die Samstags/Sonntags oder Sonntags, durchschnittlich in Begleitung von Mädchen angetreten werden, werden bestimmte Plätze bevorzugt. Für Köln ist dies die Altenburger Gegend, Marienheide, die Felseninsel und der Märchensee im Siebengebirge. Man kann von einem ausgesprochen eigenen "Liedergut" sprechen, das z.T. auf die bündische Jugend zurückgeht. Diese bündischen Lieder sind irgendwo aufgegriffen oder von älteren Brüdern oder Freunden, die jetzt bei der Wehrmacht sind, überliefert. Daneben ist die grosse Zahl von russischen Liedern, Steppenliedern und solchen, die sich mit russischen Sitten befassen, auffallend. Dieses Liedergut verbreitet sich selten durch Aufzeichnungen, meist durch mündliche Überlieferung. Ein bemerkenswerter Zug ist ferner die Angewohnheit, sich mit selbstgewählten Bei- oder

Spitznamen

Spitznamen zu rufen und zu kennen. Diese Namen sind durchweg dem mexikanischen, mittel- und südamerikanischen Sprachschatz, darunter auch solchen untergegangener Völker, wie z.B. der Azteken, entnommen. Hierin liegt ebenso wie bei dem Liedergut eine gewisse Berührung mit den früheren N a v a j o s vor. Die Jungens, die als Edelweisspiraten in die Erscheinung treten, gehören überwiegend den Altersklassen 14+18 an. Es stossen jedoch auch Halberwachsene zu ihnen, ja selbst 25-30jährige sind beobachtet worden. Das sind dann gewöhnlich ausgediente oder kriegsversehrte Soldaten, die bereits früher schon Anschluss an wilde Jugendgruppen hatten. Die Jungens sind meist nicht oder nicht mehr in der Hitler-Jugend. Sie sind sehr häufig Arbeitsbummelanten oder fast immer ohne feste Bindung zu einem erlernten Beruf und in ständig wechselnden Arbeitsstellen. Es sind allerdings auch NJ-Angehörige, selbst Führer (Kameradschaftsführer, Scharführer) beobachtet worden. Für Mädchen liegen noch keine befriedigende Beobachtungen vor, sodass die vorliegenden Feststellungen grundsätzlich nur für Jungens gelten. Mädchen dürfte wohl eine eigene Bedeutung nicht beizumessen sein, sodass sie nur als Begleiterscheinung zu werten sind. Die "Gruppe", unter welcher Form die Jugendlichen in Erscheinung treten, richtet sich nach Strassen, Plätzen, Parks, Bunker u. ähnl. So gibt es die Gruppe Agneskirchen, Leipzigplatz, Blücherpark, Volksgarten, Augustabunker u. dgl. Alle diese Gruppen müssen in ihrem Erscheinungsbild und Betätigungsweise als vollkommen gleich angesetzt werden. Die Jungens wissen selbst nichts näheres, woher dies kommt. Bisher hat noch keiner über die Abzeichen, Lieder, Bezeichnungen, Gewohnheiten etc. Angaben machen können. Jedem ist es von einem gesagt worden, dass es so sein müsse und darüber hat es auch wieder auf gleiche Art und Weise erfahren. Die Frage, warum das so ist, gehört zu den schwierigsten dieses Erscheinungsbildes und führt letztlich zu der wichtigsten Prüfung, ob man von einer Organisation sprechen kann, ob also eine Dachorganisation oder einheitliche Führung vorhanden.

handen ist. Hierzu ist ein Eingehen auf die Entwicklung geboten.

Im Folgenden sollen hierbei nur die K ö l n e r Verhältnisse betrachtet werden. Es gibt allerdings auch anderswo Edelweisspiraten; so vor allem in Düsseldorf und durch Abwandlung nach den Terrorangriffen auf Köln in Bonn, Schlesien und Süddeutschland. Andererseits heißen sie nicht überall Edelweisspiraten; sondern z.B. in Koblenz "Alabande". Ein Eingehen auf alle diese Erscheinungen würde aber zu weit führen. Es besteht jedoch eine weitgehende Übereinstimmung aller dieser Erscheinungsbilder, die nur in Städten und Großstädten auftreten und gleiche Ursachen haben.

## II.

### Geschichtliche Entwicklung.

Die wilden Jugendgruppen, die jetzt als Edelweisspiraten in die Erscheinung treten, sind etwa ein Jahr vor dem Kriege erstmalig in K ö l n aufgetreten. Zu den in früheren Jahren angefallenen N e r o t h e r n oder der bündischen Jugend, besonders den N a v a j o s, besteht keine Verbindung oder Anschluss. Es sind bisher weder gleichgeschlechtliche Erscheinungen (wie bei den Nerothern) noch geschlechtliche Ausschweifungen (Swingbewegung) festgestellt worden, wenn auch bei den Treffen und Fahrten gelegentlich Knutschereien vorkommen mögen. Die jetzt übliche, aber nicht zutreffende Bezeichnung als "Edelweisspiraten" ist neueren Datums. Sie ist aus dem Düsseldorfer Bezirk nach hier hin übernommen und hier in stärkerem Maße zur Anwendung und Ausbreitung gekommen als in Düsseldorf selbst. Die früheren behördlichen Einstufungen wie bündische Jugend, Nerother, Navajos, D.V. 1/11 u. ähnl. treffen nicht zu. Die auf Grund der neueren Entwicklung allein zutreffende Bezeichnung dürfte "oppositionelle Jugendgruppen" sein. Im Folgenden soll jedoch die Bezeichnung "Edelweisspiraten" - von den Jugens mit "E.P." abgekürzt, gebraucht werden.

Nach Kriegsbeginn verstärkte sich das Erscheinungsbild der Edelweisspiraten. Mehrere Gründe waren hierfür maßgebend:

1.)

1.) Die Jugend der Altstadt, vor allem Alte Mauer am Bach, An der Biche, Thieboldsgasse, war sich jetzt noch mehr selbst überlassen. Sie traf abends, begünstigt durch Verdunklungsmassnahmen, zusammen und wartete auf den Alarm. Ein Musikinstrument war zur Stelle und damit bald eine "Gruppe" begründet, zu deren Entwicklung jeder nach eigener Kenntnis und Erzählung etwas beitrug.

2.) Diese Jungens, von Haus aus leichtsinnig, charakterlich schwach und disziplinos, erlebten auf der Arbeit eine einschneidende Wandlung. Die Moral des Arbeitsplatzes sank, an die Stelle der Einberufenen traten ungünstige Elemente, Kriegsgefangene und Auslandsarbeiter, deren verderbliche Vorbilder begierig aufgenommen wurde.

3.) Die in immer ansteigendem Maß in Köln und Umgebung untergebrachten Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen führten, obwohl zum Teil gleichfalls noch jugendlich, ein Leben, dass ihnen mehr Freiheiten erlaubte als einem gleichaltrigen deutschen Jungen. Denn sie durften auch bei Dunkelheit auf der Strasse umherstehen, dürfen auf den Strassen rauchen und treiben sich paarweise in den Anlagen herum. In den Grüngürteln oder vor ihren Unterküften pflegen sie ihre fremdländische Musik zu machen, ihre Lieder zu singen und Tänze aufzuführen. Das zog die deutsche Jugend an, die sich zu Hunderten gerade dieses Gebahren ansah und für die eigene Freizeitgestaltung aufnahm (daher die russischen Lieder hezw. Melodien.)

4.) Die staatlichen Maßnahmen, insbesondere die Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend verbot den lieber zu Disziplinosigkeiten und Abendteuern hinneigenden Jungens ein gleiches Treiben. Soweit hier nur der "Schutzmann" störend in die Erscheinung trat, hatten solche Zwischenfälle nichts besonderes an sich. Der Hitler-Jugend-Streifendienst und die Jugenddienstpflicht brachten

brachten hierin aber einen neuen Gesichtspunkt. Denn diejenigen, die hier Disziplin und Ordnung forderten und das wilde Wandern ausserhalb der HJ-Formation unterbinden wollten, waren Altersgenossen. Die selbstverständliche psychologische Folge war: "So etwas lassen wir uns nicht bieten". So kam es zu Schlägereien und Überfällen auf die HJ-Streife, auf Angehörige der Hitler-Jugend, Zerstörung und Beschädigung der HJ-Heime und Aushängetafeln u. ähnl. Diese Jungens folgen allem, nur nicht dem Zwang, sie wollen "wilde Fahrten" machen und nicht eine geordnete Wanderung in Formation. Da ihnen das, zudem von Altersgenossen, unterbunden wurde, waren diese ihre persönlichen Feinde. Hierin

liegt die Wurzel zu der oppositionellen Einstellung gegen die Hitler-Jugend und damit gegen den Staat.

Diese vier Punkte gaben den Eidelweisspiraten anfangs ihr Gesicht. Allerdings soll damit nicht gesagt sein, dass dies die einzigen Gründe sind und nicht Milieu und Anlage sowie Kriegsverhältnisse ebenfalls mitbestimmend gewesen sind. Dieses Erscheinungsbild gilt bis zum 31.5.1942.

Durch den damaligen Terrorangriff trat eine wesentliche Änderung in Sinne einer Verschärfung ein. Da wir den gleichen Vorgang in vielfach verstärkten Ausmassen nach den jetzigen Terrorangriffen vom Juni/Juli 1943 zu verzeichnen haben, können beide Vorgänge gemeinsam behandelt werden und erscheint es gerechtfertigt, die Zeit vom 31.5.1942 bis zum 29.6.1943 als eine Zwischenstufe anzusprechen.

Die Terrorangriffe haben für alle Kölner Jungens folgende Auswirkungen gehabt:

1.) Den Jungens wurde jede Betätigungsmöglichkeit in der Freizeit nahezu vollständig plötzlich abgeschnitten. Er kann nicht mehr oder nur unter Schwierigkeiten in eine Kinovorstellung oder eine sonstige Veranstaltung gehen, keinen Sport treiben, keine Sportveranstaltungen sehen. Kommt er abends müde von der Arbeit nach Hause, ist die beschädigte oder Notwohnung durch gg. Fliegergeschädigte Angehörige beengt. Hier will er heraus. Er will Abwechslung und Vergnügen. Deshalb sammelt er sich da, wo Gesinnte

126

429

gesinnte zusammenkommen, wo Musik gemacht wird (Rattenfänger!). Er fühlt sich zu diesen Jungens gehörig und macht alles mit, was er hört und was ihm gesagt wird. Die Hitler-Jugend kann ihm demgegenüber nichts mehr bieten. Die wirklichen Führer sind einberufen, die neuen nicht in der Lage, den Dienst so interessant zu gestalten, dass der Junge gefesselt wird. Die HJ-Heime sind zerstört und damit der Dienst auf die Strasse oder den Übungsplatz verwiesen. Hier können höchstens einige Ordnungsübungen gemacht und im übrigen Fussball gespielt werden. Das wollen aber die Eltern nicht, denn der Junge muss heute im Sonntagsanzug antreten, da es keine Uniform gibt, und den darf er ebensowenig wie die Schuhe übermässig beanspruchen.

Das ist die e i n e der beiden eigentlichen Wurzeln des heutigen Erscheinungsbildes: Der Kölner Junge hat keine Möglichkeit mehr, seine überschüssige jugendliche Kraft zu betätigen. Das erklärt die Tatsache, warum wir überall das gleiche Erscheinungsbild feststellen müssen und warum die Jungens selber nicht wissen, warum sie sich so aufführen. Unter der grossen Masse der als Edelweisspiraten auftretenden Jungens sind die aus diesem Grunde anfallenden die meisten.

2.) Die asozialen und kriminellen Jugendlichen haben durch die Terrorangriffe ihre ursprüngliche Bleibe verloren. Die Billard- und Schiesshallen sind zerstört, ihre Wirtschaften verloren gegangen. Schon immer sich selbst überlassen, sind sie noch stärker verwahrlost, gehen nicht mehr arbeiten, leben allein ohne Angehörige und ordentliche Unterkunft, meist in Bunkern, verrichteten Gelegenheitsarbeiten und machen Schiebergeschäfte oder begehen Straftaten. Diese negative Auslese hat sich nach den Terrorangriffen zum Mittelpunkt der Jugendgruppen gemacht. Es ist natürlich, dass das Negative für Jugendliche einen stärkeren Anziehungspunkt bildet als alles andere. Es kann deshalb nicht Wunder nehmen, dass diese kriminellen und asozialen Elemente die Oberhand gewonnen und damit der ganzen Erscheinung eine bestimmte Ausrichtung gegeben haben.

Dies

Dies ist die zweite Wurzel des gegenwärtigen Erscheinungsbildes und erklärt die am laufenden Bande anfallenden Straftaten. Als solche sind laufend Überfälle auf HJ-Angehörige, ruhestörender Lärm, Singen an Dunkorn und Grünanlagen, Belästigungen von Frauen, Lockerung von Kanaldeckeln u. ähnl. zu nennen. Die bereits geschilderte Manier der Edelweisspiraten, angebliche Straftaten zu erzählen, steigert diese Entwicklung noch. Diese ist gegenwärtig so übermässig geworden, dass sie nicht mehr übersehen werden kann.

Abgesehen von einer persönlichen Beteiligung an allen bisherigen wichtigen Maßnahmen bot die Tätigkeit als Jugendrichter und Leiter des Jugendarrestvollzuges mit der großstädtischen Wohnnondkarzervollstreckung reichlich Gelegenheit zu Beobachtungen über das Erscheinungsbild wie keine andere Dienststellung. In der letzten Zeit, vor allem nach den Terrorangriffen, war zu beobachten, dass die Mehrzahl aller anfallenden Jugendlichen den Edelweisspiraten zuzuzählen war. Die ansteigende Anzahl der Straftaten wegen verbotenen Schiessens und Waffenbesitzes gewährten einen Einblick darüber, inwieweit die Bewaffung der Jugend mit Pistolen Fortschritte gemacht hat. Stärkere Zersetzungserscheinungen traten in Form von Unbotmässigkeiten und Disziplinwidrigkeiten in den Hauptverhandlungen und dem Arrestvollzug zu Tage. In zahlreichen Arbeitsvertragsbruchfällen klagten die Eltern oder Meister, dass die Jungens vorsagten, seitdem sie mit "diesen Jungens" zusammengekommen seien. Es wurde festgestellt, dass notorische Bummelanten und Schwermünder, die zu höheren Gefängnisstrafen oder zu Gefängnis von unbestimmter Dauer verurteilt wurden, betonte Edelweisspiraten waren. Hierbei wurde auch bestätigt, gefunden, dass sich das Schwergewicht der Erscheinung auf die Oppositionelle Seite verlagert hat. In einem Falle wurden in einem grossen Werk heizerische Roden nach Anziehung einer roten Armbinde gehalten, Überfälle auf höherer HJ-Führer (ein Kölner Bannführer allein viermal), Inschriften an Häusern und Litfaßsäulen u. ähnl. Der Anziehungspunkt aller Beobachtungen, Prüfungen und Vernehmungsdarstellungen sich auf

Frage

117

Frage nach einer einheitlichen Führung. Die Meinungen darüber, ob eine solche besteht, sind verschieden. Die hierüber bestehenden und wohl von den Jungens selbst bekannt gegebenen Vermutungen tragen z.T. ausgesprochen jugendgemässe Züge und erinnern an Kriminalromane, wenn es sich um "hochgestellte Persönlichkeiten" handeln soll, die geheimnisvoll im Hintergrund wirken sollen. Bedenklich stimmt allerdings die öfters beobachtete Tatsache, dass die Jungens im Besitze höherer, nicht nachweisbarer Geldbeträge sind und dass sie für längere Zeit verschwinden können, ohne Not an Geld oder Unterhalt zu leiden. Solche Momente, sowie die Tatsache, dass der Londöner Rundfunk bereits eine eingehende Sendung über die "Kölner Edelweisspiraten und ihre mppolitisch-oppositionelle Bedcutung" gebracht hat, dürfte auf ausländische (Agenten-) Einflüsse hinweisen. Jedenfalls lässt sich für K 8 1 n z.Z. nicht sagen, dass eine einheitliche Führung besteht. Sie kann aber jederzeit eintreten. Darum bildet das Edelweissproblem eine akute, auch staatspolitische Gefahr.

III.

Bekämpfung der Edelweisspiraten.

Die Bekämpfung des Erscheinungsbildes liegt zuständigkeitsgemäss in der Hand der Geheimen Staatspolizei. Soweit die allgemeinen Polizeidienststellen oder die Kriminalpolizei Jugendliche aufgreifen und zur Vorlage bringen, wird sie kaum wissen oder beachten, ob es sich um Edelweisspiraten handelt. Neben laufender Kleinarbeit wurden bereits grössere Aktionen besonders zu Pfingsten durchgeführt. Die Geheime Staatspolizei pflegte die Edelweisspiraten einer Unterbringung in Brauweiler zuzuführen und je nach Beteiligung Charakter und Führung eine kürzere oder längere Zeit einsitzen zu lassen, um sie alsdann nach staatspolizeilicher Verwarnung zu entlassen. Die leichteren Fälle, insbesondere die Mitläufer wurden lediglich staatspolizeilich verwarnt und

und kartenmässig erfasst. Diese Fälle wurden bisher kaum an die Justizverwaltung zur Erledigung im ordentlichen Strafverfahren abgegeben. Die erste grössere Sache war die Sache Thieme, Cramer u.a., die Vorgänge von August/Okttober 1942 betraf und vor dem Sondergericht zur Anklage gebracht wurde, das am 15.9.1943 ein Urteil fällt. Gegen dieses bisher geübte Verfahren habe ich die Bedenken geltend gemacht, dass die rein polizeiliche Erledigung unvollständig sei und nicht die einem Jugendgerichtsverfahren eigene Einschaltung des Jugendamtes und der NSV-Jugendhilfe mit ihren nachgehenden Betreuungs- und Überwachungsmaßnahmen enthalte. Ein Junge wird bei der Entlassung, mag er auch noch so lange in Brauweiler festgehalten worden sein, immer sagen: "die Stapo hat mich schliesslich laufen lassen müssen." Er wird die Untersuchungshaft nicht als "Strafe" ansehen und meinen, aus "der Sache sei nichts nachgekommen." Hierbei ist auch in Rechnung zu stellen, dass er in seiner Einstellung gegen die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei vielfach bei seinen Angehörigen eine Unterstützung finden wird. Bedenklich erscheint mir ferner die Kennzeichnung als "bündische Jugend" oder ihre Bestrafung nach den Gesetzesbestimmungen über "verbotene Neugründung von Parteien" oder die VO. vom 28.2.1933. Denn der Junge sieht damit seinem Treiben eine staatspolitische Blickrichtung gegeben, die ihm eine bisher nicht geahnte Wichtigkeit verleiht und ihn evtl. zum Märtyrer macht. Eine Kennzeichnung als Arbeitsbummelant, Herumtreiber und Ähnliches wird ihn dagegen kränken und ihm zeigen, dass seine vermeintliche Wichtigkeit nicht für voll genommen wird. Auch ist nicht einzusehen, warum nicht die gegebenenfalls Verfahrensmöglichkeiten vom Jugendarrest angefangen bis zur Gefängnisverurteilung oder Unterbringung in Fürsorgeerziehung, nach Brauweiler oder in das Jugendschutzlager ausreichende Kampfmittel zur Eindämmung oder Beseitigung des Edelweisspiratentums sein sollten. Neuartige Erscheinungsformen erfordern allerdings zuweilen neuartige Bekämpfungsmittel. Auf diesen Erwägungen beruht mein schon vor längerer Zeit gemachter Vorschlag, diese Jungens im Rahmen der Jugenddienstpflicht in ein Wehrtüchtigungslager einzuberufen. Dieser Versuch wäre allerdings nur eine Teillösung und be-

gegnet

gegnet gewissen technischen Schwierigkeiten.

Zur Klärung dieser Fragen habe ich deshalb am <sup>131</sup> 3.11.1943 eine Zusammenkunft bei der Geheimen Staatspolizei erwirkt, bei der die folgenden Gesichtspunkte erarbeitet wurden:

1.) Die Hitler-Jugend wird im Wege positiver Arbeit die Jugendlichen wieder beschäftigen und die Möglichkeit geben, sich zu betätigen. Hier: erhöhter Dienst, Wanderungen, Einsatz kriegsgewandter Führer, Schulung u. ähnl.

2.) Die augenblicklichen Gegenmaßnahmen bedienen sich der gegebenen Möglichkeiten:

a) die kriminellen Elemente werden abesondert und in ordentlichen Strafverfahren einer Bestrafung evtl. Unterbringung im Jugendschutzlager zugeführt.

b) die asozialen Elemente werden, soweit sie Arbeitsunfähigen sind, nach Möglichkeit der Arbeitserziehung in Brauweiler zugeführt, andernfalls bestraft, in Fürsorgeerziehung oder Gemeinschaftsbewahrung untergebracht. Verfahren: Vormundschafts- und Jugendgerichtsverfahren unter Einschaltung der NSV-Jugendhilfe, des Jugendamtes und der Arbeitsbehörden. Entscheidung im unmittelbaren Anschluss an die Festnahmen.

c) Die Mitläufer werden wegen Arbeitsvertragsbruch, Berufsschulschwänzereien oder Umhertreibens nach der Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend zu Jugendarrest (Dauerarrest oder Wochenendkarzer) verurteilt oder einer Arbeitsaufgabe zugeführt, evtl. weitere Erziehungsmaßnahmen (Schutzaufsicht) veranlasst. Dazu erhöhte Erfassung durch die Hitler-Jugend in Form der Dienstheranziehung, Wehrrüchtigungslager u. ähnl.

d) Zusätzliche Aufklärung der Jugendlichen in Schulen, Berufsschulen sowie Aufklärung der Eltern.

Die vorstehend angeführte Bekämpfung der Edelweisspiraten ist bereits angelaufen. Es muss der Zukunft überlassen

lassen bleiben, ob die gegenwärtig zur Verfügung stehenden gerichtlichen und aussergerichtlichen Maßnahmen ausreichen, bei folgerichtigen Einsatz einen Erfolg herbeizuführen oder ob stärkere Maßnahmen, insbesondere die Errichtung eines Bewahrungslager, notwendig werden.

gez. Pastor,  
Amtsgerichtsrat

Detlev Peukert, Dr. phil. Geboren 1950 in Gütersloh. Schulbesuch und Abitur in Hamm. Ab 1969 Studium der Geschichte und Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum. 1975 Staatsexamen in den o. g. Fächern. Im gleichen Jahr Erarbeitung einer Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand im Ruhrgebiet 1933 – 1945“. Seit 1968 Referent in der politischen Bildungsarbeit (u. a. Gewerkschaftsjugend, Volkshochschulen, Evangelische Studienstiftung Haus Villigst). Ab November 1978 wiss. Assistent im Fach Geschichte an der Universität Essen – Gesamthochschule. Juli 1979 Promotion an der Abteilung für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum bei Prof. Hans Mommsen. 1979/80 Mitarbeit an der Umgestaltung der Essener Alten Synagoge in eine Gedenkstätte mit einer Ausstellung „Verfolgung und Widerstand in Essen 1933 bis 1945“. Seit der Habilitation 1984 Privatdozent an der Universität Essen.

Veröffentlichungen: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Frankfurt 1976; Die KPD im Widerstand. Wuppertal 1980; Edelweißpiraten. Köln 1980; Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Köln 1982; Grenzen der Sozialdisziplinierung. Köln 1986; Jugend zwischen Krieg und Krise. Köln 1987. Aufsätze zu Problemen der Regional- und Sozialgeschichte sowie des Faschismus, des Widerstandes und der Didaktik.

#### Hinweis:

Bei dem vorliegenden Manuskript handelt es sich um eine ergänzte und erweiterte Fassung des Vortrages, den der Autor am 10. Mai 1979 in der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße gehalten hat.

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand  
Stauffenbergstraße 13/14, 1000 Berlin 30 – 1990<sup>5</sup>  
Redaktion: Wolfgang Göbel  
Druck: Ludwig Vogt  
ISSN 0935-9702

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.